

## **Substanzielles Protokoll 153. Sitzung des Gemeinderats von Zürich**

Mittwoch, 10. September 2025, 17.00 Uhr bis 21.17 Uhr, im Rathaus Hard  
in Zürich-Aussersihl

---

Vorsitz: Präsident Christian Huser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Simon Kälin-Werth (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Sonja Haller

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Isabel Garcia (FDP), Serap Kahrman (GLP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |    |            |   |           |
|----|------------|---|-----------|
| 1. |            | Mitteilungen  |           |
| 2. | 2025/305 * | Weisung vom 09.07.2025:<br>Departement der Industriellen Betriebe, Ausbau der<br>ÖV-Infrastruktur der Verkehrsbetriebe, Rahmenkredit  | VIB       |
| 3. | 2025/307 * | Weisung vom 09.07.2025:<br>Motion der Fraktionen SP, SVP, FDP, Grüne, GLP, CVP<br>und AL betreffend Definition von Vorgaben im Rahmen einer<br>strategischen Planung für die Anforderungen und Verkehrs-<br>ströme im Raum Central / Bahnhofbrücke / Bahnhofquai /<br>Museumstrasse, Bericht und Abschreibung, Rückzug der<br>Weisung GR Nr. 2017/136 | VTE       |
| 4. | 2025/349 * | Weisung vom 27.08.2025:<br>Elektrizitätswerk, Sponsoring, Beiträge 2027–2029  | VIB       |
| 5. | 2025/350 * | Weisung vom 27.08.2025:<br>Stadtentwicklung Zürich, Verein MAXIM Theater,<br>Beiträge 2026–2029   | STP       |
| 6. | 2025/351 * | Weisung vom 27.08.2025:<br>Gesundheits- und Umweltdepartement, medizinische<br>Versorgung für Menschen ohne Krankenversicherung,<br>Weiterführung Angebot, neue wiederkehrende Ausgaben   | VGU       |
| 7. | 2025/353 * | Weisung vom 27.08.2025:<br>Immobilien Stadt Zürich, Gemeinschaftszentrum Riesbach,<br>räumliche Optimierungen, neue einmalige Ausgaben  | VHB<br>VS |

8.	2025/354	*	Weisung vom 27.08.2025: Finanzverwaltung, Stadtkanzlei, Verordnung über städtische Beteiligungen (VSB), Neuerlass, Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen (VVD), Teilrevision, Abschreibung Motion	FV
9.	2025/367	*	Weisung vom 03.09.2025: Finanzverwaltung, Nachtragskredite II. Serie 2025	STR
10.	2025/344	* E	Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Luca Maggi (Grüne) vom 20.08.2025: Ermittlung der nutzbaren Erfahrung bei Neuanstellungen oder Funktionswechseln, Anpassung der Richtlinien für Beschäftigungsgrade unter 60 Prozent	FV
11.	2025/357	* E	Postulat von Matthias Renggli (SP), Patrik Brunner (FDP) und Dr. Mathias Egloff (SP) vom 27.08.2025: Kordinierung der Beschaffung von IT-Geräten sowie Planung einer Verwendung über den gesamten Lebenszyklus hinweg	FV
12.	2025/359	* E	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 27.08.2025: Einrichtung einer Bikesharing-Station beim geplanten Sportzentrum Witikon	VTE
13.	2025/361	* E	Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Johann Widmer (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 27.08.2025: Zusammenfassung aller politisch und religiös motivierten Gewalttaten in einem jährlichen Kurzbericht in Form einer Weisung an den Gemeinderat	VSI
14.	2025/212		Weisung vom 04.06.2025: Sozialdepartement, Stiftung «Pro Offene Türen der Schweiz», Selbsthilfe Zürich, Beiträge 2026–2029	VS
15.	2025/213		Weisung vom 04.06.2025: Sozialdepartement, Verein Kafi Klick, Beiträge 2026–2029	VS
16.	2025/380	E	Postulat von Moritz Bögli (AL) und Tanja Maag (AL) vom 03.09.2025: Verein Kafi Klick, Angebot einer städtischen Liegenschaft zur Nutzung im Rahmen eines potenziellen Vergrößerungsprozesses	VS
17.	2025/154		Weisung vom 16.04.2025: Stadthospital Zürich, Kooperation Allianz Herzchirurgie zwischen dem Stadthospital Zürich, dem Universitätsspital Zürich und HOCH Health Ostschweiz, neue wiederkehrende Ausgaben	VGU

18.	2025/156		Weisung vom 16.04.2025: Stadtspital Zürich, Kooperation mit der Klinik für Konsiliar- psychiatrie und Psychosomatik des Universitätsspitals Zürich, neue wiederkehrende Ausgaben	VGU
19.	2025/120		Weisung vom 26.03.2025: Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Münchhalde, Umbau, Projektierungskredit	VHB VSS
20.	2025/285	E/A	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Christina Horisberger (SP) vom 02.07.2025: Instandsetzung und Umbau der Schulanlage Münchhalde, Einbau einer Produktionsküche	VHB
21.	2022/528		Weisung vom 20.08.2025: Motion der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen betreffend Projektierungskredit für den Bau einer attraktiven Velo- und Fussverbindung auf der Langstrasse in der Unterführung sowie sicherer und attraktiver Verbindungen in die Kreise 4 und 5, Antrag auf 2. Fristerstreckung	VTE
22.	2025/108		Weisung vom 19.03.2025: Dringliche Motion der SP-, GLP- und Grüne-Fraktion betreffend sichere ebenerdige Querung an der Thurgauerstrasse im Bereich des Schulhauses, Bericht und Abschreibung	VTE
23.	2025/230	A	Dringliches Postulat von Stefan Urech (SVP) und Deborah Wettstein (FDP) vom 11.06.2025: Anpassung der Planung der Velobrücke zwischen den Kreisen 4 und 5 hinsichtlich eines Weiterbetriebs der Yonex Badminton Halle	VTE
24.	2025/319	E/A	Dringliche Motion von Christian Häberli (AL), Ursina Merkler (SP) und Sibylle Kauer (Grüne) vom 09.07.2025: Revision der Verordnung für die Abfallbewirtschaftung (VAZ) im Zusammenhang mit dem Betrieb der dezentralen und zentralen Recyclinghöfe	VTE

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements zur Zerstörung von Parteiständen an Quartierfesten Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Da in letzter Zeit diverse Stände von politischen Parteien attackiert wurden, verlese ich stellvertretend für die Stadtpräsidentin diese Erklärung: Der Stadtrat*

*verurteilt jede angewandte Gewalt, insbesondere wenn sie gegen politische Gegner verübt wird – unabhängig davon, ob verbal oder physisch. Alle politischen Akteure werden aufgefordert, die politische Debatte mit Respekt, Toleranz und Anstand zu führen.*

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**5037. 2025/393**

**Erklärung der SP-, FDP-, GLP-, SVP- und Die Mitte/EVP-Fraktion vom 10.09.2025: Vandalenakt an der Schwamendinger Chilbi**

Namens der SP-, FDP-, GLP-, SVP- und Die Mitte/EVP-Fraktion verliest Benedikt Gerth (Die Mitte) folgende Fraktionserklärung:

Vandalenakt an der Schwamendinger Chilbi

Am vergangenen Wochenende wurde an der Schwamendinger Chilbi der SVP-Stand durch einen Vandalenakt fast vollständig zerstört: Zelte wurden zerrissen, beschmiert und Teile des Inventars gestohlen. Dieser Angriff ist ein alarmierender Tiefpunkt in einer Reihe ähnlicher Vorfälle der letzten Monate und macht uns betroffen. Unsere Demokratie lebt von Dialog und Respekt. Wer mit Zerstörung reagiert, verlässt diesen Boden und gefährdet den Zusammenhalt. Es sind somit eben auch direkte Angriffe auf unsere Demokratie. Wir verurteilen diese gewalttätige Zerstörung aufs Schärfste.

Solche Taten gehen weit über Sachbeschädigung hinaus. Sie richten sich gegen das, was unsere Gesellschaft zusammenhält: Menschen, die unzählige Stunden freiwillig für das Gemeinwohl arbeiten. Wird dieses Engagement durch Gewalt zunichte gemacht, gehen Motivation und Vertrauen verloren – Verluste, die letztlich die ganze Gesellschaft betreffen. Häufen sich solche Vorfälle, werden sich weniger Menschen engagieren, die Sicherheitskosten steigen und Quartierfeste verschwinden.

Unsere Quartierfeste wären ohne den Einsatz von hunderten von Freiwilligen undenkbar! Zu diesen Freiwilligen gehören auch wir Politikerinnen und Politiker: wir backen Crêpes, servieren Raclette oder Knoblibrot und schenken Bier aus: Ohne unbezahltes Engagement wären Quartierfeste, wie die Schwamendinger Chilbi überhaupt nicht möglich.

Ein Vandalenakt trifft nicht „die Politik“, sondern Menschen, die sich für ihr Quartier engagieren – und jene, die friedlich feiern möchten. Umso ermutigender war die spontane, parteiübergreifende Hilfe beim Wiederaufbau des Standes: Sie zeigt, was unsere Gesellschaft ausmacht – Hilfsbereitschaft, Solidarität und Menschlichkeit.

**Persönliche Erklärungen:**

Michele Romagnolo (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur Zerstörung eines SVP-Standes an der Schwamendinger Chilbi.

Përparim Avdili (FDP) hält eine persönliche Erklärung zur Petition der FDP gegen das Werbeverbot.

Samuel Balsiger (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum Werbeverbot und entschuldigt sich für ein Votum in der letzten Sitzung betreffend die Arbeit der Kommissionssekretariate.

Der Ratspräsident Christian Huser (FDP) hält eine persönliche Erklärung zum Votum von Samuel Balsiger (SVP) betreffend die Arbeit der Kommissionssekretariate.

Patrick Tscherrig (SP) hält eine persönliche Erklärung zum Votum von Michele Romagnolo (SVP).

Dominik Waser (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zur Petition der FDP gegen das Werbeverbot und zum Extremismus-Vorwurf der SVP.

Michael Schmid (AL) hält eine persönliche Erklärung zur Petition der FDP gegen das Werbeverbot.

Anna Graff (SP) hält eine persönliche Erklärung zur Petition der FDP gegen das Werbeverbot.

Samuel Balsiger (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur gemeinsamen Fraktions-erklärung der SP-, FDP-, GLP-, SVP- und Die Mitte/EVP-Fraktion.

Përparim Avdili (FDP) hält eine persönliche Erklärung zur Petition der FDP gegen das Werbeverbot.

Samuel Balsiger (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur gemeinsamen Fraktions-erklärung der SP-, FDP-, GLP-, SVP- und Die Mitte/EVP-Fraktion.

Johann Widmer (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum Linksextremismus in der Stadt Zürich.

Michael Schmid (AL) hält eine persönliche Erklärung zum Linksextremismus in der Stadt Zürich und zur Petition der FDP gegen das Werbeverbot.

Markus Knauss (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zu Bedrohungen und Gewalt gegen alle Parteien.

Tom Cassee (SP) hält eine persönliche Erklärung zum Rechtsextremismus.

Guy Krayenbühl (GLP) hält eine persönliche Erklärung zur Entschuldigung von Samuel Balsiger (SVP).

Michael Schmid (FDP) hält eine persönliche Erklärung zum Zusammenstehen der Parteien in Schwamendingen nach dem Angriff auf den Parteistand der SVP und zum Extremismus in der Stadt Zürich.

Patrik Brunner (FDP) hält eine persönliche Erklärung zur Petition der FDP gegen das Werbeverbot.

Samuel Balsiger (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum Linksextremismus und zur Instrumentalisierung des Nationalsozialismus.

Michael Schmid (AL) hält eine persönliche Erklärung zur Gestaltung des öffentlichen Raums sowie zur Petition der FDP gegen das Werbeverbot.

Lara Can (SP) hält eine persönliche Erklärung zur Begrenzung der Anzahl persönlicher Erklärungen.

Patrik Brunner (FDP) hält eine persönliche Erklärung zum Ergreifen des Referendums und einer möglichen Unterstützung durch die AL.

## G e s c h ä f t e

### 5038. 2025/305

**Weisung vom 09.07.2025:**

**Departement der Industriellen Betriebe, Ausbau der ÖV-Infrastruktur der Verkehrsbetriebe, Rahmenkredit**

Die Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Antrag des Stadtrats war an der Sitzung der Geschäftsleitung vom 8. September 2025 umstritten.

*Markus Knauss (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion den Antrag auf Zuweisung an die SK SID/V: Hier geht es um einen Rahmenkredit für die Infrastruktur des Öffentlichen Verkehrs (ÖV). Der Gemeinderat hat eine spezialisierte Kommission, die sich nicht nur mit dem Sicherheitsdepartement, sondern auch mit Verkehrsfragen beschäftigt. Sie begleitet die Dienstabteilungen zu Tiefbau, Verkehr und Verkehrsbetrieben (VBZ). Diese Weisung gehört selbstverständlich in diese spezialisierte Kommission.*

Der Rat lehnt den Antrag des Stadtrats mit 111 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Damit ist das Geschäft der SK SID/V überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

### 5039. 2025/307

**Weisung vom 09.07.2025:**

**Motion der Fraktionen SP, SVP, FDP, Grüne, GLP, CVP und AL betreffend Definition von Vorgaben im Rahmen einer strategischen Planung für die Anforderungen und Verkehrsströme im Raum Central / Bahnhofbrücke / Bahnhofquai / Museumstrasse, Bericht und Abschreibung, Rückzug der Weisung GR Nr. 2017/136**

Zuweisung an die SK SID/V gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 8. September 2025

### 5040. 2025/349

**Weisung vom 27.08.2025:**

**Elektrizitätswerk, Sponsoring, Beiträge 2027–2029**

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 8. September 2025

### 5041. 2025/350

**Weisung vom 27.08.2025:**

**Stadtentwicklung Zürich, Verein MAXIM Theater, Beiträge 2026–2029**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 8. September 2025

**5042. 2025/351**

**Weisung vom 27.08.2025:**

**Gesundheits- und Umweltdepartement, medizinische Versorgung für Menschen ohne Krankenversicherung, Weiterführung Angebot, neue wiederkehrende Ausgaben**

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 8. September 2025

**5043. 2025/353**

**Weisung vom 27.08.2025:**

**Immobilien Stadt Zürich, Gemeinschaftszentrum Riesbach, räumliche Optimierungen, neue einmalige Ausgaben**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 8. September 2025

**5044. 2025/354**

**Weisung vom 27.08.2025:**

**Finanzverwaltung, Stadtkanzlei, Verordnung über städtische Beteiligungen (VSB), Neuerlass, Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen (VVD), Teilrevision, Abschreibung Motion**

Zuweisung an die GPK gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 8. September 2025

**5045. 2025/367**

**Weisung vom 03.09.2025:**

**Finanzverwaltung, Nachtragskredite II. Serie 2025**

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 8. September 2025

**5046. 2025/344**

**Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Luca Maggi (Grüne) vom 20.08.2025: Ermittlung der nutzbaren Erfahrung bei Neuanstellungen oder Funktionswechseln, Anpassung der Richtlinien für Beschäftigungsgrade unter 60 Prozent**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Emanuel Tschannen (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**5047. 2025/357**

**Postulat von Matthias Renggli (SP), Patrik Brunner (FDP) und Dr. Mathias Egloff (SP) vom 27.08.2025:**

**Koordinierung der Beschaffung von IT-Geräten sowie Planung einer Verwendung über den gesamten Lebenszyklus hinweg**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**5048. 2025/359**

**Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 27.08.2025:  
Einrichtung einer Bikesharing-Station beim geplanten Sportzentrum Witikon**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**5049. 2025/361**

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Johann Widmer (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 27.08.2025:**

**Zusammenfassung aller politisch und religiös motivierten Gewalttaten in einem jährlichen Kurzbericht in Form einer Weisung an den Gemeinderat**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Moritz Bögli (AL) stellt namens der AL-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Samuel Balsiger (SVP) vom 3. September 2025 (vergleiche Beschluss-Nr. 4996/2025)

Die Dringlicherklärung wird von 34 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**5050. 2025/212**

**Weisung vom 04.06.2025:**

**Sozialdepartement, Stiftung «Pro Offene Türen der Schweiz», Selbsthilfe Zürich, Beiträge 2026–2029**

Antrag des Stadtrats

Für das Angebot Selbsthilfe Zürich wird der Stiftung «Pro Offene Türen der Schweiz» für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 402 756.– bewilligt. Dieser setzt sich zusammen aus einem Betriebsbeitrag von Fr. 232 500.– sowie dem Erlass der Kostenmiete von Fr. 170 256.–.

Der Betriebsbeitrag von Fr. 232 500.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Schlussabstimmung:

**Fanny de Weck (SP):** *Im Jahr 1973 wurde die Stiftung «Pro Offene Türen der Schweiz» mit dem Ziel gegründet, dass gemeinschaftliche Selbsthilfegruppen professionell gefördert werden. Die Stiftung soll Interessierte in diesen Gruppen unterstützen und bei deren Aufbau und Weiterführung professionell begleiten. So werden zum einen eine geeignete Rauminfrastruktur und zum anderen Beratung, fachliche Impulse und Hilfe bei Problemen zur Verfügung gestellt. Das Ziel der verschiedenen Gruppen ist es, schwierige Lebenssituationen aufgrund von Krankheit, Tod, Trennung oder anderen Belastungen gemeinsam zu bewältigen. Die Stiftung führt Partnerschaften mit Spitälern und anderen Organisationen. Aktuell sind 474 Selbsthilfegruppen bei der Selbsthilfe Zürich registriert. Die Stadt unterstützt die Stiftung seit dem Jahr 2003. Der bisherige Betriebsbeitrag von 187 900 Franken wird um 44 600 Franken auf 232 500 Franken erhöht, da die Nachfrage gestiegen ist. Die Stiftung erhält auch Beiträge von Bund, Kanton und Dritten.*

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung:

**Michele Romagnolo (SVP):** *Selbsthilfegruppen tragen zweifellos zum gesellschaftlichen Nutzen bei. Trotzdem muss klar gesagt werden, dass dies keine städtische Kernaufgabe ist, die aktiv und direkt mit Geld unterstützt werden sollte. In Zürich gibt es bereits viele Möglichkeiten für Selbsthilfegruppen. Darum ist es mehr als fragwürdig, ob für jede Zielgruppe eine eigene Selbsthilfegruppe benötigt wird. Hinzu kommt, dass diese Gruppen bereits Unterstützung durch Vereine, Stiftungen oder Dachorganisationen erhalten, die wiederum Zuwendungen von der Stadt bekommen. So entstehen Doppelspurigkeiten, die im Umgang mit Steuergeldern weder effizient noch verantwortungsbewusst sind. Besonders gravierend sind die unverhältnismässigen Kosten in dieser Weisung. Für die Gründung einer Selbsthilfegruppe sind 5300 Franken für fünf Treffen veranschlagt. In der Kommission konnte niemand nachvollziehbar erläutern, wieso eine derart überzogene Summe nötig ist. Besonders stossend ist der Mietvertrag für einen zusätzlichen Raum, den es nicht braucht. Dieser verursacht jährliche Kosten von 35 778 Franken – ein Betrag, der in keinem Verhältnis zum Bedarf steht. So werden nicht nur falsche Anreize gesetzt – es zeigt sich der verantwortungslose Umgang mit öffentlichen Mitteln. Daher ist für uns eine Unterstützung mit städtischen Geldern ausgeschlossen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Ronny Siev (GLP):** *Dieses Geschäft ist der GLP und mir persönlich sehr wichtig. Vor wenigen Jahren gründete ich selbst eine Selbsthilfegruppe mit Menschen, die ähnliche*

*Belastungen wie ich erlebt hatten. In einem geschützten Rahmen konnte man über diese Dinge diskutieren und neue Perspektiven einnehmen. Es wurden neue Bekanntschaften und Freundschaften geschlossen und das hat sich extrem gelohnt. Selbsthilfegruppen sind womöglich das beste Mittel, um unvorhergesehene und schwierige Situationen aufzufangen. Daher ist es selbstverständlich, dass die GLP das unterstützt.*

**Julia Hofstetter (Grüne):** *Die Grünen danken der Stiftung für ihr Engagement. Es ist wichtig, dass man in anspruchsvollen Lebenssituationen die Möglichkeit hat, Selbsthilfegruppen zu besuchen und sich mit Gleichbetroffenen auszutauschen. Es ist beeindruckend, wie breit die Themen sind, die diese Selbsthilfegruppen diskutieren. Es ist klar, dass diese Gruppen im Hintergrund eine Organisation benötigen, die sie begleitet und in allen Situationen berät. Wir sind überzeugt, dass diese Stiftung unterstützt werden soll.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Von Ronny Siev (GLP) hörten wir, wie er ohne Staatshilfe eine Selbsthilfegruppe gegründet und alles super funktioniert hat. Wieso braucht es dann staatliche Gelder und Strukturen, wenn das privat so gut funktioniert? Wenn es keine Staatsaufgabe ist, darf der Staat nichts tun. Er soll sich um seine Grundaufgaben wie bspw. Sicherheit kümmern, doch diese erfüllt er momentan nicht. Wo er sich raushalten soll, hat er wiederum die Finger drin und gibt ungerechtfertigt Steuergelder aus. In meinem Verständnis ist eine Selbsthilfegruppe nach innen gerichtet. Trotzdem erhält man für die Gründung einer solchen Gruppe 5300 Franken. Es ist klar, dass unnötigerweise Selbsthilfegruppen gegründet werden, nur um diesen Betrag zu erhalten. Das ist nichts als Arbeitsbeschaffung für Sozialarbeiter, die in der Privatwirtschaft nicht benötigt werden. Diese erhalten für eine Beratungsstunde überrissene 83 Franken. Hier soll sich der Sozialstaat selbst beschäftigen. Niemand würde es bemerken, wenn es dieses Angebot nicht mehr gäbe. Wenn man liberal ist, kann man dieser Weisung nicht zustimmen.*

#### Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Referat: Fanny de Weck (SP); Patrik Brunner (FDP), Präsidium; Ruedi Schneider (SP), Vizepräsidium; Moritz Bögli (AL), Roger Föhn (EVP), Sandro Gähler (SP) i. V. von Hannah Locher (SP), Julia Hofstetter (Grüne), Ronny Siev (GLP), Marcel Tobler (SP), Marita Verballi (FDP), Selina Walgis (Grüne)
Minderheit:	Referat: Michele Romagnolo (SVP); Samuel Balsiger (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für das Angebot Selbsthilfe Zürich wird der Stiftung «Pro Offene Türen der Schweiz» für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 402 756.– bewilligt. Dieser setzt sich zusammen aus einem Betriebsbeitrag von Fr. 232 500.– sowie dem Erlass der Kostenmiete von Fr. 170 256.–.

Der Betriebsbeitrag von Fr. 232 500.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 17. September 2025  
gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist:  
17. November 2025)

**5051. 2025/213**

**Weisung vom 04.06.2025:**

**Sozialdepartement, Verein Kafi Klick, Beiträge 2026–2029**

Antrag des Stadtrats

1. Für das Angebot Treffpunkt und Supportstunden wird dem Verein Kafi Klick für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 157 600.– bewilligt.
2. Der Beitrag von Fr. 157 600.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2025/213 und 2025/380

Referat zur Vorstellung der Weisung:

**Selina Walgis (Grüne):** Das «Kafi Klick» für Armutsbetroffene an der Gutstrasse besteht seit dem Jahr 2009. Bis zum Jahr 2020 gehörte das Angebot dieses Internetcafés zum Verein Interessensgemeinschaft (IG) Sozialhilfe, bevor man im Frühling desselben Jahres einen selbstständigen Verein namens Kafi Klick gründete. Ihm kommt eine spezielle gesellschaftliche Bedeutung zu, da dessen Angebot an Computerarbeitsplätzen und Schulung von digitalen Kompetenzen dazu beiträgt, den sogenannten digitalen Graben zu verkleinern. Viele Armutsbetroffene haben nach wie vor einen erschwerten oder keinen Zugang zu einem IT-Arbeitsplatz, ungenügende digitale Kompetenzen oder mangelnde Deutschkenntnisse. Ihnen droht durch diese Nachteile die soziale Ausgrenzung. Der Verein bietet kostenlosen Internetzugang und einen Treffpunkt für Menschen, die von Armut betroffen sind. Dessen Zweck ist es, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der armutsbetroffenen Menschen in der Schweiz und besonders in Zürich zu verbessern. Das Kafi Klick ist gut im Quartier verankert und erhält viele Sachspenden durch die Nachbarschaft. Im Kafi Klick stehen nebst den 10 Computereinsatzplätzen auch Geräte zum Drucken, Scannen oder Kopieren bereit. Mitarbeitende vermitteln den Besuchenden bei Bedarf einen selbstständigen Umgang mit Internet und Computer, unterstützen bei Wohnungs- und Arbeitssuche oder Sozialversicherungen. Sie helfen bei der Korrespondenz mit Ämtern und geben zum Thema Datenschutz Auskunft. Das Angebot ist sehr breit. Die Mitarbeitenden des Kafi Klick leisten auch kleinere administrative Unterstützung. Die Beratungen werden in sieben Sprachen angeboten. Nebst den IT-Arbeitsplätzen wird in den gleichen Räumen ein niederschwelliger Treffpunkt, der kostenlose Bezug von Suppen und eine kostenlose Kleiderbörse angeboten. Der Treffpunkt fördert den sozialen Austausch und ermöglicht, voneinander zu lernen, stärkt die Selbsthilfe und trägt wesentlich dazu bei, die soziale Isolation von armutsbetroffenen Menschen zu verringern. Im Jahr 2024 besuchten täglich durchschnittlich fast 100 Menschen das Kafi Klick. Das Publikum ist in Bezug auf geografischen und sozialen Hintergrund, Alter und Geschlecht sehr breit durchmischt. Im Jahr werden rund 1500 Stunden Arbeit von 20 Freiwilligen geleistet. Die Kommissionsmehrheit unterstützt die Weisung, wie sie vom Stadtrat vorgelegt wurde. Dem Kafi Klick danken wir für ihre Arbeit und die Auskünfte.

Kommissionsminderheit Rückweisungsantrag und Schlussabstimmung Dispositivziffern 1–2:

**Samuel Balsiger (SVP):** Das Kafi Klick erhielt vom Stadtrat über 10 Jahre hinweg in eigener Kompetenz 47 000 Franken. Das funktionierte gut. Dann wurde der Beitrag erhöht und soll nun ein weiteres Mal angehoben werden – damit die Leute ein wenig im Internet surfen können. Wozu existiert das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV), wenn die Leute auch im Kafi Klick Hilfe bei der Jobsuche erhalten? Wie soll das Kafi Klick bei der Wohnungssuche helfen, wenn der Wohnungsmarkt nicht funktioniert und wir eine Leerstehziffer von unter 0,1 Prozent in Zürich haben? Wieso benötigt es das Kafi Klick, wenn wir dasselbe Angebot an vielen anderen Stellen haben? Die Doppelspurigkeiten können nicht geklärt werden, da der Stadtrat und die Weisungseinreichenden bei Nachfrage keine Antwort geben. Solche Angebote sind Beschäftigungsstellen für linke Sozialarbeitende, die nirgends in der Privatwirtschaft einen Job finden könnten. Diese will die linke Ratsseite im Hinblick auf die Wahlen freundlich stimmen. Es ist nicht unsere Aufgabe, armutsbetroffenen Migranten, die in vielen Fällen illegal in die Schweiz einreisen, alles zu erklären. Wenn jemand nicht versteht, wie er mit den Ämtern umgehen muss, ist er vermutlich sowieso beim Sozialstaat und hat eine Sozialarbeiterin, die ihm dasselbe bereits erklärt hat. Es ist schlimm, wie Sie liederlich mit Steuergeldern umgehen und Strukturen aufbauen, die Ihnen seit Jahrzehnten die Wahlen sichern. Es ist klar, dass Sie mit Ihrer Geschenkverteiltaktik Wähler gewinnen. Die SP meint, dass der Staat Gewinn macht und man diesen ausgeben kann. Wenn man innerhalb von sieben Jahren einen Überschuss von 1 Milliarde Franken an Steuergeldern hat, muss man die Steuern senken und die entlasten, die arbeiten gehen. Das sind nicht armutsbetroffene Sans-Papiers, die in der Schweiz nichts zu suchen haben, sondern der Mittelstand, egal ob Schweizer oder Ausländer. 160 000 Franken sind unanständig viel für etwas, das Doppelspurigkeiten hat und jahrelang mit 47 000 Franken bestens funktionierte. Wir wollen die Weisung zurückweisen, damit der Stadtrat die Kompetenz wieder übernimmt.

Kommissionsmehrheit Rückweisungsantrag, Änderungsantrag und Schlussabstimmung Dispositivziffern 1–2:

**Selina Walgis (Grüne):** Das Angebot des Kafi Klick trägt massgeblich zur digitalen Teilhabe armutsbetroffener Menschen bei. Der Bedarf ist ausgewiesen. Darum lehnt die Kommissionsmehrheit den Rückweisungsantrag wie den Änderungsantrag ab.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag Dispositivziffern 1–2:

**Patrik Brunner (FDP):** Die FDP stellt einen Antrag, um den geforderten Betrag zu reduzieren. Inhaltlich geht es in die Richtung der SVP. Jahrelang haben wir 47 000 Franken an das Kafi Klick überwiesen. Nachdem der Stadtrat das auf 100 000 Franken erhöht hat, hiess es aus Trotz, dass man noch 50 000 Franken hinzufügen möchte – aus keinem triftigen Grund. Die 150 000 Franken sind die neue Basislinie und erbringen keinen Mehrwert. Die Kapazität wurde ausgebaut und Leute angestellt, die durchfinanziert werden. Die FDP steht hinter dem Kafi Klick und sieht eine Relevanz für dessen Arbeit, da es viele Lücken schliesst – auch wenn andere Abteilungen der Stadt dieselbe Arbeit anbieten. Wir sehen aber nicht ein, dass die Beitragssumme Jahr für Jahr erhöht wird. Das Postulat geht auch in diese Richtung. Darum fordert die FDP, dass das Kafi Klick den Betrag erhalten soll, den der Stadtrat vor vier Jahren sprechen wollte: 100 000 Franken. Trotz 11 Milliarden Franken Budget müssen wir das Geld nicht mit vollen Händen aus dem Fenster schmeissen. Finanzieren wir diese Institutionen mit Augenmass.

**Moritz Bögli (AL)** begründet das Postulat GR Nr. 2025/380 (vergleiche Beschluss-Nr. 5025/2025): Im Postulat nehmen wir etwas Zentrales aus der Kommissionsberatung auf.

*Das Angebot ist unglaublich wichtig und wird stark genutzt. Auch mit dem Antrag der SP befindet es sich an der Kapazitätsobergrenze, was den Antrag der FDP unsinnig macht. Der Bedarf des Angebots des Kafi Klick ist markant grösser, als es bieten kann. Als Organisation befindet es sich in einem Prozess, um herauszufinden, ob es wachsen und das nachgefragte Bedürfnis stillen will. Wenn es sich für den Vergrößerungsprozess entscheidet, soll die Stadt tatkräftig mithelfen und bspw. mit einer städtischen Liegenschaft Hand bieten. Das Postulat sendet das Zeichen, dass wir den Verein unterstützen.*

**Samuel Balsiger (SVP)** stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Postulat GR Nr. 2025/380 und begründet diesen: *In jeder Weisung heisst es, dass der Bedarf an der Obergrenze sei und man mehr brauche. Doch diese Aussagen werden von Organisationen in Selbstdeklaration getroffen – ob das der Wahrheit entspricht, wissen wir nicht. Die angegebene Zahl von 20 000 jährlichen Besuchern kann mit der momentanen Platzkapazität nach gründlicher Überlegung nicht hinkommen. Wie kann ein Staatsangestellter dem Parlament diese Zahl vorlegen, wenn klar ist, dass sie nicht stimmen kann? Es werden Dinge deklariert, die falsch sind – damit Geld gesprochen wird. Die Selbstdeklaration öffnet Tür und Tor für den Missbrauch von Steuergeldern. Sicher besuchen Personen das Kafi auch mehrmals, womit der Betrag pro Person steigt.*

Weitere Wortmeldungen:

**Selina Walgis (Grüne):** *Ich stimme mit Samuel Balsiger (SVP) einzig überein, dass es unglaublich ist, was das Kafi Klick leistet. Das merkte er wohl, als er die Besucherzahl sah. Den Rest finde ich zynisch, auch vonseiten der FDP. Mich überrascht, dass die Diskussion um eine Weisung mit einem solch wichtigen Angebot auf so tiefem Niveau geführt wird. Das finde ich respektlos. Es geht um eine Erhöhung um 7600 Franken im Vergleich zu vor vier Jahren, als wir wegen einer Teuerungsanpassung 150 000 Franken beschlossen. Es ist kein Geheimnis, dass meine Fraktion von der Arbeit des Kafi Klick begeistert ist. Darum beantragten wir vor vier Jahren, den Betrag deutlich auf 150 000 Franken zu erhöhen. Es zeigte sich, dass das Geld gebraucht wird und armutsbetroffenen Menschen der Stadt zugutekommt. Besonders freut uns Grüne, dass das Kafi Klick einen Tag ausschliesslich für Frauen öffnet. Damit konnten positive Erfahrungen gesammelt und diese Zielgruppe besser abgeholt werden. Dass armutsbetroffene Frauen mehr Unterstützung erhalten, wurde mit dem Postulat GR Nr. 2021/311 gefordert. Schön konnte das umgesetzt werden. Der Bedarf an Unterstützung durch Computerarbeitsplätze und IT-Kompetenzen wird auch in den nächsten Jahren hoch sein. Das ist auf der linken Seite unbestritten. Die Leistungen des Kafi Klick haben nachweisbar stetig zugenommen. Für uns ist es keine Frage, dass die 157 600 Franken jährlich gut investiert sind. Die hohe Nachfrage zeigt, dass das Angebot unverzichtbar ist, es mehr davon braucht und viele Menschen durch die Maschen des digitalen Grabens zu fallen drohen. Das Begleitpostulat unterstützen wir, da es mehr ähnliche Angebote braucht.*

Patrik Brunner (FDP) beantragt, die vom Ratspräsidenten zuvor geschlossene Redeliste wieder zu öffnen.

Der Rat stimmt dem Antrag von Patrik Brunner (FDP) stillschweigend zu. Die Redeliste wird wieder geöffnet.

**Ronny Siev (GLP):** *Für die GLP als Digitalisierungspartei ist es wichtig, dass alle Bevölkerungsschichten Zugang zu digitalen Geräten haben. Dafür leistet das Kafi Klick wichtige Arbeit. Es ist klar, dass es nicht alle gleich einfach haben, wie wir in diesem Saal. Vor vier Jahren haben wir die Erhöhung nicht unterstützt, da wir meinten, dass der bisherige Betrag ausreichte. Jetzt fragten wir nach, was mit dem Betrag zusätzlich gemacht wurde. Zu einem Grossteil sind wir der Meinung, dass sich die zusätzlichen Aufwände*

gelohnt haben. Darum unterstützen wir den Stadtrat und gehen nicht mit der FDP. Das Postulat der AL finde ich absurd. In der Kommission wurde kein Antrag auf Vergrößerung gestellt. Das Postulat ist nicht nachvollziehbar und wird von uns nicht unterstützt.

**Roger Föhn (EVP):** Das Kafi Klick leistet gute und wichtige Arbeit, darum unterstützen wir die Beiträge für die Jahre 2026 bis 2029. Den Rückweisungsantrag der SVP lehnen wir klar ab, genauso wie den Kürzungsantrag der FDP. Zwar können wir es bis zu einem gewissen Grad nachvollziehen, dass Sie zurück zu diesem Betrag wollen, doch es ist schlicht nicht möglich. Das Begleitpostulat lehnen wir ab, da das Kafi Klick selbst erwähnt hat, dass sie voll ausgelastet sind und nicht vergrössern möchten.

**Hannah Locher (SP):** Die Digitalisierung prägt unseren Alltag bei der Jobsuche über die Wohnungssuche bis zum Kontakt mit den Behörden. Für viele ist der Zugang zu Computer, Internet und weiteren digitalen Technologien selbstverständlich, aber eben nicht für alle. Gerade Armutsbetroffene sehen sich bei diesem Zugang oft mit Hürden konfrontiert und ohne Unterstützung sind diese kaum zu überwinden. Hier setzt das Kafi Klick an. Darum ist es eine unverzichtbare Anlaufstelle. Den Berechnungen aus der Weisung glauben wir. Samuel Balsiger (SVP) hat ein wenig andere Zahlen erwähnt. Im Jahr 2024 nutzten täglich fast 100 Menschen das Angebot. Knapp 16 000 Supportkontakte wurden geleistet. Diese Zahlen zeigen eindrücklich, wie wichtig und gefragt das Angebot ist. Besonders erwähnenswert finden wir die Umsetzung des wöchentlichen Frauentags, der einen geschützten Raum schafft. Dem Votum der AL schliesse ich mich an. Den Antrag der FDP finden wir unsinnig, da eine Senkung des Betrags das Angebot massiv beschneiden würde. Das sehen wir angesichts der grossen Nachfrage nicht ein. Vom AL-Redner hörten wir, dass das Kafi Klick an der Kapazitätsgrenze arbeitet. Weil die Räumlichkeiten knapp sind, ist das Begleitpostulat sinnvoll und wir unterstützen es.

**Michele Romagnolo (SVP):** Die Betreiber des Kafi Klick tragen die Verantwortung für den Betrieb und jede weitere Entwicklung selbst. Es ist eine Grundaufgabe der Trägerschaft, die nötigen Ressourcen sicherzustellen und das Risiko zu tragen. Die Erwartungen, dass die Stadt immer mehr Infrastruktur oder Mietnachlass bereitstellt, ist nicht akzeptabel. Städtische Liegenschaften sind mit Kosten verbunden, die gedeckt werden müssen. Es wäre finanziell nicht tragbar und gegenüber anderen Betrieben ungerecht, wenn das Kafi Klick eine Spezialbehandlung bezüglich Mieterlass erfahren würde. Statt auf weitere staatliche Unterstützung zu setzen, sind die Betriebe aufgefordert, mehr Eigeninitiative zu zeigen, aktiv Sponsoren zu suchen und alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu entwickeln. In kulturellen Bereichen ist nun üblich, dass die Trägerschaft über Stiftungen oder private Partnerschaften zusätzliche Mittel organisiert. Es ist die Aufgabe des Betreibers, eine Vergrößerung des Kafi Klick selbst zu tragen und nötige Mittel eigenständig zu beschaffen. Ein Miet- oder Kostenerlass wird klar abgelehnt.

**Tanja Maag (AL):** Die Behauptung, dass die Besucher\*innen des Kafi Klick arbeitslose Sans-Papiers seien, ist halt- und bodenlos. Hinter dieser Aussage steht kaum jemand in diesem Rat. Die AL erweiterte den gesprochenen Betrag für das Kafi Klick, was vielen nicht gefällt. Wir gehen davon aus, dass für die Funktion des Kafi Klick bei steigendem Bedarf geeignete Räumlichkeiten nötig sind. Das ist ein Kern eines solch niederschweligen und wichtigen Angebots. Abschliessend möchte ich betonen, dass es darum geht, Armutsbetroffene zu unterstützen. Der auf sie ausgeübte Druck nimmt zu, auch in der reichen Schweiz. Ohne digitalen Zugang ist der Zugang zu essenziellen Leistungen nicht gewährt. Es sind mehr Menschen digital überfordert, als man meint. Wieso sollten wir ein Angebot, bei dem sich Menschen selbst weiterhelfen können, nicht unterstützen?

**Patrik Brunner (FDP):** Die FDP ist nicht gegen das Kafi Klick, sondern gegen die Ver- selbstständigung der Beitragserhöhung. Für die neuen Leistungen wie einen Selbsthilfe- tisch wurden 200 000 Franken ausgegeben. Man erhielt zuerst das Geld und fand dann Aufgaben, für die das Geld eingesetzt wurde. Ich prophezeie, dass wir mit dem heutigen Postulat der AL in vier Jahren über mehr als 200 000 Franken sprechen werden.

#### Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK SD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungs- antrags.

Die Minderheit der SK SD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Der Stadtrat wird gebeten, eine neue Weisung vorzulegen, die wieder eine Kompetenz- übernahme durch den Stadtrat beinhaltet und er dem Verein (wie bis in das Jahr 2021) wieder Fr. 47 000.– pro Jahr überweisen lässt.

Mehrheit: Referat: Selina Walgis (Grüne); Patrik Brunner (FDP), Präsidium; Ruedi Schneider (SP), Vizepräsidium; Moritz Bögli (AL), Fanny de Weck (SP), Roger Föhn (EVP), Sandro Gähler (SP) i. V. von Hannah Locher (SP), Julia Hofstetter (Grüne), Ronny Siev (GLP), Marcel Tobler (SP), Marita Verbali (FDP)  
Minderheit: Referat: Samuel Balsiger (SVP); Michele Romagnolo (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltun- gen) zu.

#### Änderungsantrag zu den Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK SD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffern 1–2:

1. Für das Angebot Treffpunkt und Supportstunden wird dem Verein Kafi Klick für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich ~~Fr. 157 600.–~~ Fr. 100 001.– bewilligt.
2. Der Beitrag von ~~Fr. 157 600.–~~ Fr. 100 001.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsaus- gleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Mehrheit: Referat: Selina Walgis (Grüne); Ruedi Schneider (SP), Vizepräsidium; Moritz Bögli (AL), Fanny de Weck (SP), Sandro Gähler (SP) i. V. von Hannah Locher (SP), Julia Hofstetter (Grüne), Ronny Siev (GLP), Marcel Tobler (SP)  
Minderheit: Referat: Patrik Brunner (FDP), Präsidium; Samuel Balsiger (SVP), Michele Romagnolo (SVP), Marita Verbali (FDP)  
Enthaltung: Roger Föhn (EVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Referat: Selina Walgis (Grüne); Ruedi Schneider (SP), Vizepräsidium; Moritz Bögli (AL), Fanny de Weck (SP), Sandro Gähler (SP) i. V. von Hannah Locher (SP), Julia Hofstetter (Grüne), Ronny Siev (GLP), Marcel Tobler (SP)
Minderheit:	Referat: Samuel Balsiger (SVP); Patrik Brunner (FDP), Präsidium; Michele Romagnolo (SVP), Marita Verbali (FDP)
Enthaltung:	Roger Föhn (EVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für das Angebot Treffpunkt und Supportstunden wird dem Verein Kafi Klick für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 157 600.– bewilligt.
2. Der Beitrag von Fr. 157 600.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 17. September 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 17. November 2025)

**5052. 2025/380**

**Postulat von Moritz Bögli (AL) und Tanja Maag (AL) vom 03.09.2025:  
Verein Kafi Klick, Angebot einer städtischen Liegenschaft zur Nutzung im Rahmen eines potenziellen Vergrößerungsprozesses**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/213, Beschluss-Nr. 5051/2025

Moritz Bögli (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5025/2025).

Samuel Balsiger (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Das Postulat wird mit 64 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Behandlung der nachfolgenden zwei Geschäfte erfolgt als reduzierte Debatte gemäss Art. 190 GeschO GR.

**5053. 2025/154**

**Weisung vom 16.04.2025:**

**Stadtpital Zürich, Kooperation Allianz Herzchirurgie zwischen dem Stadtpital Zürich, dem Universitätsspital Zürich und HOCH Health Ostschweiz, neue wiederkehrende Ausgaben**

Antrag des Stadtrats

Für die Kooperation Allianz Herzchirurgie zwischen dem Stadtpital Zürich, dem Universitätsspital Zürich und der HOCH Health Ostschweiz werden ab 1. Januar 2026 neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich 1 208 000 Franken (Preisstand: 1. Februar 2025, Zürcher Index der Konsumentenpreise) bewilligt.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferat Schlussabstimmung:

**Dafi Muharemi (SP):** *Das Vorhaben der Allianz Herzchirurgie spielt für die medizinische Versorgung in unserer Stadt eine strategisch wichtige Rolle. Das Fachgebiet Herzchirurgie vereint höchste fachliche Präzision, jahrzehntelange Erfahrung und modernste Infrastruktur. Es geht nicht nur um Operationen im Notfall, bei denen jede Minute zählt, sondern auch um komplexe geplante Eingriffe wie Herzklappen- oder Bypassoperationen. Patientinnen und Patienten, die eine solche Behandlung brauchen, sind oft schwer erkrankt, benötigen Spezialistenteams und müssen sich dabei auf höchste Sicherheits- und Qualitätsstandards verlassen können. Um diese Standards langfristig zu sichern, starteten das Stadtpital Zürich (STZ) und das Universitätsspital Zürich (USZ) im Juni 2023 einen Pilotbetrieb. Das Ziel war, die Herzchirurgie standortübergreifend zu organisieren. Dazu gehören die Personalverleihung, abgestimmte Dienst- und Einsatzplanung und die gemeinsame Nutzung von Kapazitäten. Das ermöglicht eine bessere Ressourcennutzung, die Vermeidung von Doppelstrukturen und die Abstimmung der Versorgung für Patientinnen und Patienten. Die Bilanz aus diesem Pilotprojekt ist sehr positiv. Der Betrieb ist effizienter, die spezialisierte Infrastruktur besser ausgelastet, die Behandlungsqualität gestiegen und das Ausbildungsangebot vielfältiger. Ab dem Jahr 2026 soll die Allianz unbefristet weitergeführt und um einen dritten Partner, das Kantonsspital St. Gallen, erweitert werden. Dieses baut aktuell eine eigene Herzchirurgie auf. Die Allianz unterstützt das mit Fachleuten aus Zürich, der nötigen Erfahrung und einer abgestimmten Leistungsplanung. Das ermöglicht, dass Patientinnen und Patienten in der Ostschweiz in ihrer Wohnortnähe besser versorgt werden können und dass die Kapazität und Kompetenz über alle drei Standorte optimal verteilt wird. Der vorliegende Vertrag regelt die strategische und operative Führung, den Personalverleih, finanzielle Abgeltungen und die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur im Detail. Für die Umsetzung sind ab dem Jahr 2026 wiederkehrende jährliche Ausgaben von 1,206 Millionen Franken vorgesehen. Diese Mittel decken insbesondere den Personalverleih zwischen den Partnern und die strategische Weiterentwicklung der Allianz. Damit schafft die Allianz Herzchirurgie eine langfristige, tragfähige und zukunftsorientierte Grundlage zum Wohl der Patientinnen und Patienten und für eine verantwortungsvolle Nutzung der öffentlichen Mittel. Die Kommission beriet die Weisung im Detail und kam einstimmig zum Schluss, dass die Allianz fachlich, organisatorisch und wirtschaftlich sinnvoll ist und daher unterstützt wird.*

Weitere Wortmeldung:

**Susan Wiget (AL):** Die AL möchte betonen, dass das Pilotprojekt gut durchgeführt und evaluiert wurde. Die Kosten sind für uns stimmig. Dennoch ist der Personalverleih des USZ ans Triemli ein wichtiger Moment. An dieser Stelle braucht es ein Allianzmanagement, das die Sache nicht nur finanziell überwacht, sondern auch organisatorisch koordiniert. Beim Personalaufbau ist uns wichtig, dass nicht nur für den Verleih des Personals, sondern auch für den Wissenstransfer Geld eingesetzt wird. Es benötigt eine allianzinterne Weiter- und Fortbildung, denn umso mehr Personen über spezifisches herzchirurgisches Fachwissen verfügen, desto kleiner ist das Klumpenrisiko. Daher erwarten wir, dass die Herzallianz nicht nur klinisch, sondern auch weiterbildungstechnisch liefert. Das Projekt entspricht den gesundheitspolitischen Vorstellungen der AL: Die Spitäler sollen kooperieren und die kostenintensive Infrastruktur und das spezialisierte Wissen teilen. Im Schweizer Gesundheitswesen braucht es mehr Kooperation, weniger Pseudowettbewerb. Das haben wir bereits in der von uns vorangetriebenen Fusion vom Waid- und Triemlispital betont. Es ist bezeichnend, dass eine Allianz in diesem Bereich entsteht, wo es sich rentiert. In der Medizin und im Stadtspital im Speziellen gäbe es viel mehr Bereiche, in denen man kooperieren könnte. Darum wäre es wichtig, dass die Spitaldirektion zusammen mit der Stadt weitere Kooperationsprojekte in den finanziell weniger rentablen Bereichen vorantreibt. Die AL empfiehlt, den Antrag anzunehmen.

Schlussabstimmung

Die SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Referat: Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; David Ondraschek (Die Mitte), Präsidium; Sandro Gähler (SP), Murat Gediz (FDP), Yves Henz (Grüne), Thomas Hofstetter (FDP), Pascal Lamprecht (SP), Maleica Landolt (GLP) i. V. von Florine Angele (GLP), Dafi Muharemi (SP), Yves Peier (SVP), Patrick Stählin (GLP), Deborah Wettstein (FDP), Susan Wiget (AL)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 110 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Kooperation Allianz Herzchirurgie zwischen dem Stadtspital Zürich, dem Universitätsspital Zürich und der HOCH Health Ostschweiz werden ab 1. Januar 2026 neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich 1 208 000 Franken (Preisstand: 1. Februar 2025, Zürcher Index der Konsumentenpreise) bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 17. September 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 17. November 2025)

**5054. 2025/156**

**Weisung vom 16.04.2025:**

**Stadtspital Zürich, Kooperation mit der Klinik für Konsiliarpsychiatrie und Psychosomatik des Universitätsspitals Zürich, neue wiederkehrende Ausgaben**

Antrag des Stadtrats

Für die Kooperation mit der Klinik für Konsiliarpsychiatrie und Psychosomatik des Universitätsspitals Zürich werden ab 1. Januar 2026 neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich 219 000 Franken (Preisstand: 1. Februar 2025, Zürcher Index der Konsumentenpreise) bewilligt.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferat Schlussabstimmung:

**Deborah Wettstein (FDP):** *Eine Herzoperation ist nicht nur medizinisch, sondern auch psychisch eine riesige Belastung. Viele Patientinnen und Patienten, die eine Herzoperation benötigen, haben oftmals einen langen Leidensweg mit Ängsten, Unsicherheiten und Schmerzen hinter sich. Das kann den Heilungsverlauf enorm beeinflussen. Genau hier setzt die Psychokardiologie an: Sie verbindet Herzchirurgie mit psychischer Betreuung. Die Leitung der Klinik für Herzchirurgie im Stadtspital hat den Bedarf für psychologische Abklärung und Begleitung von Patientinnen und Patienten im Bereich der Herzchirurgie früh erkannt. Daher führt das Stadtspital von Januar 2021 bis Dezember 2025 einen Pilotbetrieb durch, in dem die herzchirurgischen Patientinnen und Patienten vor, während und nach der stationären Behandlung psychiatrisch und psychologisch betreut werden. Das Stadtspital verfügt im eigenen psychologischen Dienst nicht über dafür spezialisierte Mitarbeitende und ging darum eine vertragliche Kooperation mit der Klinik für Konsiliarpsychiatrie und Psychosomatik im Universitätsspital Zürich (USZ) ein. Im Rahmen der Kooperation werden regelmässig Fachpersonen aus der Klinik für Konsiliarpsychiatrie und Psychosomatik vom USZ an das Stadtspital (STZ) ausgeliehen. Die auf der Literatur basierenden Annahmen vor dem Start der Pilotphase waren folgende: Durch die Untersuchung und Behandlung durch die Fachpersonen der Klinik für Konsiliarpsychiatrie und Psychosomatik des USZ soll es möglich werden, bei den Patientinnen und Patienten eine signifikante Reduktion von Ängsten, Depressivität, posttraumatischen Belastungsstörungen und Anpassungsstörungen zu erreichen. Die Patientinnen und Patienten sollen durch die erhöhte Betreuung schneller genesen und weniger lang hospitalisiert werden müssen. Das führt zu Einsparungen von Behandlungskosten von rund 100 000 Franken pro Jahr. Anfang des Jahres 2025 wurde die Pilotphase analysiert und evaluiert. Die Erfahrungen sind eindeutig: Bei rund einem Drittel der Patientinnen und Patienten zeigten sich klinisch relevante psychische Belastungen. Dank der Kooperation mit dem USZ konnten diese professionell begleitet werden. Die Verantwortlichen beider Kliniken erkennen in ihrer klinischen Arbeit eindeutig, dass durch die psychokardiologische Therapie bei den Patientinnen und Patienten eine bedingte Reduktion von Ängsten oder psychischen Belastungen besteht. Darum soll das Angebot nach Abschluss der Pilotphase als fester Bestandteil in die herzchirurgische Behandlung integriert werden. Für die Fortführung wird ein befristeter Kooperationsvertrag ausgearbeitet, in dem der Personalverleih des USZ ans STZ geregelt wird. Die Ausgaben während der fünfjährigen Pilotphase belaufen sich auf 960 000 Franken. Die kalkulierten Personalkosten für die Fachpersonen aus der Klinik für Konsiliarpsychiatrie und Psychosomatik des USZ waren korrekt. Darum sollen sie mit Reserven für Unvorhergesehenes ergänzt weitergeführt werden. Die jährlichen Kosten belaufen sich auf 219 000 Franken. Die Kommission prüfte die Weisung gründlich und stimmt ihr einstimmig zu.*

Weitere Wortmeldung:

**Susann Wiget (AL):** *Das wissenschaftlich begleitete Pilotprojekt wurde gut durchgeführt und evaluiert. Die Studie zeigt, dass die Zusammenarbeit zwischen der Konsiliarpsychiatrie und Herzchirurgie sinnvoll ist. Patient\*innen profitieren merklich davon. Gleichzeitig sieht man an diesem Beispiel, wie Spitäler abgestraft werden: Wenn sie eine bessere Behandlungsqualität durch psychiatrische, psychologische Begleitung anbieten, bleibt die Fallpauschale durch das «Diagnosis Related Groups»-System trotzdem gleich, obwohl dadurch mehr Kosten entstehen. Mittel- und längerfristig könnten im Gesundheitswesen Kosten eingespart werden, da wir alle wissen, dass vorzubeugen besser ist, als zu heilen – auch in finanzieller Hinsicht. Kritisch an der Sache ist, dass das Stadtspital den Ausbau an psychosozialer Betreuung nicht zu Ende gedacht hat. Die psychiatrische Versorgung von herzchirurgischen Patient\*innen ist insbesondere rund um die Operation wichtig. Das Triemli weist da deutliches Verbesserungspotential auf. Würde man die Versorgungssituation hausintern verbessern, wäre es möglich, eigenes Personal statt via USZ anzustellen. Eine Kooperation zwischen den Häusern ist sinnvoll, doch der Aufbau einer internen Einheit, die Patient\*innen nicht nur vor oder nach, sondern auch während der Hospitalisation betreut, wäre möglich. Trotzdem unterstützen wir das Vorhaben. Die AL wird diese Thematik im Rahmen der Umsetzung unserer Motion zur Gründung einer dual geführten somatopsychiatrischen Abteilung wieder aufbringen.*

Schlussabstimmung

Die SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Referat: Deborah Wettstein (FDP); Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Sophie Blaser (AL) i. V. von Susan Wiget (AL), Sandro Gähler (SP), Murat Gediz (FDP), Yves Henz (Grüne), Thomas Hofstetter (FDP), Dafi Muharemi (SP), Yves Peier (SVP), Patrick Stählin (GLP)  
Abwesend: Pascal Lamprecht (SP)  
Vakant: 1 Sitz (Die Mitte)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Kooperation mit der Klinik für Konsiliarpsychiatrie und Psychosomatik des Universitätsspitals Zürich werden ab 1. Januar 2026 neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich 219 000 Franken (Preisstand: 1. Februar 2025, Zürcher Index der Konsumentenpreise) bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 17. September 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 17. November 2025)

5055. 2025/120

**Weisung vom 26.03.2025:**

**Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Münchhalde, Umbau, Projektierungskredit**

Antrag des Stadtrats

Für die Projektierung der Umbauten in der Schulanlage Münchhalde werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 2 260 000.– bewilligt.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2025/120 und 2025/285

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Schlussabstimmung:

**Christina Horisberger (SP):** Die Schulanlage Münchhalden ist Teil der Schule Münchhalden-Kartaus. Das Gebäude wurde in den Jahren 1909 und 1922 erstellt. Mit seiner Ausstattung ist der Bau ein repräsentativer Vertreter des Heimatstils und ein wichtiger Zeuge des Schulhausbaus in Zürich vor dem Ersten Weltkrieg. Mit Ausnahme des Züri-Modular-Pavillons (ZM-Pavillon) ist die Schulanlage sowohl im Inventar der Denkmal- und Gartendenkmalpflege als auch im Inventar der Schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (ISOS) aufgeführt. Die Schulanlage ist instandsetzungsbedürftig. Die bauliche Substanz weist diverse Mängel auf, die Fassade ist stellenweise beschädigt. Der künstlerische Schmuck und die Bildhauarbeiten sind in einem schlechten Zustand. Die Gebäudetechnik und Elektroinstallationen sind stark veraltet und entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen. Die Vorgaben an den Brandschutz sowie an Hygienestandards werden nicht mehr erfüllt. Die Lüftungsanlagen haben das Ende ihrer Lebensdauer erreicht und müssen ersetzt werden. Auch die Sanitäranlagen und Kanalisation sind erneuerungsbedürftig. Darüber hinaus zeigen die inneren Oberflächen, Fenster und der Sonnenschutz Abnutzungserscheinungen. Daher ist eine Gesamtinstandsetzung fällig, in deren Zuge neue Flächen im Bereich der Sporthalle geschaffen werden sollen. Geplant sind der Ausbau des Dachgeschosses für Teamflächen und die Neunutzung der Unterfangung der Sporthalle. Mit spezifischen Umbauten soll die räumliche Situation für den Tagesschulbetrieb verbessert und gemäss Flächenstandards angepasst werden. In den Gängen wird auf jeder Etage ein Gruppenraum realisiert, genauso wie weitere Flächen für andere Zwecke. Die Kücheninfrastruktur wird für den Tagesschulbetrieb ausgebaut, damit nach der Sanierung über 300 Kinder gepflegt werden können. Es wird keine Kapazitätserweiterung der Schule angestrebt. Für die Projektierung der Umbauten sind neue einmalige Ausgaben von 2,26 Millionen Franken beantragt. Der Baubeginn soll im Frühling 2030 stattfinden und das Schulhaus im Frühling 2033 in Betrieb genommen werden. Die Mehrheit der Kommission stimmt der Weisung zu.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung:

**Stefan Urech (SVP):** Wenn man für die Instandsetzung eines eher kleinen Schulhauses 95 Millionen Franken ausgeben möchte, schluckt ein bürgerlicher Politiker zweimal leer. Pro Klasse wären das 7,5 Millionen Franken, was viel ist. Von bürgerlicher Seite wird vorgeworfen, dass sehr teuer gebaut wird. Aus meiner Sicht liegt der hohe Preis daran, dass der Fokus beim Schulhausbau schon länger nicht mehr auf dem Unterricht, sondern auf dem «Lebensraum Schule» liegt. Für diesen braucht es Betreuungsflächen, Gruppenräume, Küchen usw. Darum ist bei diesen neuen Schulhäusern die Unterrichtsfläche klein und der grösste Teil der Fläche wird für andere Dinge eingesetzt. Da wir mit dieser Art der Schulhausplanung nicht einverstanden sind, lehnen wir die Weisung ab.

**Dr. Balz Bürgisser (Grüne)** begründet das Postulat GR Nr. 2025/285 (vergleiche Beschluss-Nr. 4808/2025): Es geht um die Mahlzeiten, die Kinder in der Volksschule erhalten und wo sie produziert werden sollen: zentral bei der Menu and More AG in Spreitenbach oder vor Ort in der Schulhausküche? Früher war die Strategie der Schulpflege klar: In Volksschulen werden Regenerierküchen eingebaut. Dort werden die von der Menu and More AG produzierten, kalt angelieferten Gerichte aufgewärmt. Ergänzend konnten Schulen mit einem kleinen Budget frische Lebensmittel wie Früchte direkt einkaufen. Auf diese Weise werden die meisten Kinder in der Volksschule der Stadt Zürich bis heute gepflegt. Unterdessen fand ein Umdenken statt. In Präsentationen vom Januar 2022 und Januar 2025 hielten das Schulamt und Immobilien Stadt Zürich (IMMO) fest, dass bei Schulen mit 300 täglichen Mahlzeiten, wenn möglich, eine Produktionsküche eingebaut werde. Der Gemeinderat hat sich durch das Postulat GR Nr. 2023/411 im September 2024 mit dieser Frage beschäftigt. Im Postulat wird gefordert, dass in neuen Schulbauten und Erweiterungen Küchen mit hohem Produktionsanteil eingerichtet werden. Das Postulat wurde dem Stadtrat mit grosser Mehrheit überwiesen. Damit drückte der Gemeinderat seinen politischen Willen deutlich aus. Die Vorteile einer Produktionsküche liegen darin, dass vor Ort zubereitetes Essen besser schmeckt und die Schulen gezielt allfällige lokale Verpflegungsbedürfnisse der Kinder oder des Schulteams berücksichtigen können. Eine Produktionsküche schneidet gegenüber einer Regenerierküche finanziell besser ab. Die 15 Prozent höheren Investitionskosten werden durch die tieferen jährlichen Betriebskosten aber nach wenigen Jahren kompensiert. Die Schulanlage Münchhalden wird instandgesetzt und umgebaut. Dabei wird mit gezielten Massnahmen die räumliche Situation für die Kinder und das Schulteam verbessert. In der Machbarkeitsstudie wird vom Einbau einer Regenerierküche ausgegangen. Das ist im Hinblick auf die Willensäusserung des Gemeinderats unverständlich. Alle Voraussetzungen für den Einbau einer Produktionsküche sind erfüllt. Die drei bestehenden Küchen werden zurückgebaut und durch eine einzige Küche mit einer Kapazität von 360 Mahlzeiten pro Mittag ersetzt. Diese Chance für eine Produktionsküche soll genutzt werden.

**Stefan Urech (SVP)** begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 20. August 2025 gestellten Ablehnungsantrag zu Postulat GR Nr. 2025/285: Es ist mir egal, wie viel Essen in diesen Küchen produziert oder regeneriert wird. Seit dem Jahr 2009 nimmt die Lesekompetenz schweizweit ab. Das Thema Essen scheint im Vergleich unwichtig. Wir sollten darauf fokussieren, dass wir den Bildungsstandard wiederherstellen. Euer Fokus auf dem Essen liegt auf der falschen Sache.

Weitere Wortmeldungen:

**Yasmine Bourgeois (FDP):** Wir stehen nicht für Projektierungskredite mit Budgetblindflug. Die Erfahrung zeigte, dass Projektierungskredite nie ehrliche Kostenschätzungen enthalten. Praktisch alle Schulhausprojekte wurden massiv teurer als geschätzt. Trotzdem spricht die Stadt jeweils von Kostenentwicklung und unvorhergesehenen Kosten, obwohl die aufgetretenen Punkte vorher hätten abgeklärt werden müssen. Beim Schulhaus Münchhalden sprechen wir von 7,5 Millionen Franken pro Klasse. Wenn man bedenkt, dass diese Kosten meist ungenau geschätzt sind, werden wir wahrscheinlich bei 8 Millionen Franken pro Klasse landen. Ein solch teures Projekt kann die FDP nicht mitverantworten. Darum lehnen wir den Projektkredit und das Begleitpostulat ab.

**Christine Huber (GLP):** Die GLP unterstützt die Weisung und das Postulat. Die geplanten Umbauten und insbesondere die Erweiterung des Dachgeschosses schaffen dringend benötigte Räume für den Tagesschulbetrieb, den Gruppenunterricht und die Betreuung. Die Sporthalle und der begrünte Aussenraum werden auch von Vereinen und der Quartierbevölkerung genutzt. Die Instandsetzung stärkt die soziale und ökologische Nachhaltigkeit der Anlage und schafft einen öffentlichen Begegnungsort. Das Postulat

unterstützten wir, da wir auch das Grundsatzpostulat GR Nr. 2023/411 befürworteten.

**Christina Horisberger (SP):** Grundsätzlich steht das Mittagessen bei den Kindern nicht an vorderster Stelle. Diese konzentrieren sich lieber aufs Spielen oder andere Dinge. Trotzdem finden wir, dass eine Produktionsküche Mehrwert schafft, da das frisch zubereitete Essen attraktiver ist. Darum stimmen wir dem Postulat zu. Das Schulhaus ist sehr schön, wirkt aber marode. Es wäre schade, dem Gebäude keine Wertschätzung entgegenzubringen. Die in der Weisung vorgeschlagenen Pläne entsprechen den Notwendigkeiten, die dem Schulhaus gewidmet werden müssen, damit es den Bedürfnissen der Kinder auch die nächsten 50 Jahre entspricht. Darum stimmt die SP der Weisung zu.

**Dr. Balz Bürgisser (Grüne):** Die Schulanlage Münchhalden wird instandgesetzt und umgebaut. Es werden zusätzliche Räume für Unterricht und Betreuung geschaffen, damit die Flächenstandards der städtischen Tagesschule zukünftig erfüllt werden. Das Geld ist gut in die Tagesschule und Bildung unserer Kinder investiert. Die Grünen begrüßen das sehr. Zwei Anliegen wollen wir zusätzlich anbringen. Erstens gibt es auf der Schulanlage mehrere südexponierte Dächer. Diese laden zur Installation einer Photovoltaikanlage ein. Das ist schwierig zu realisieren, da die Dächer denkmalgeschützt und teilweise formenreich gestaltet sind. Die Stadt soll trotzdem prüfen, ob auf einem Dach eine solche Anlage eingerichtet werden kann. Zweitens steht der ZM-Pavillon auf dem Pausenplatz und nimmt den Kindern viel Freifläche weg. Genügend Freiraum auf dem Schulareal für Spiel und Bewegung ist für eine gesunde Entwicklung der Kinder enorm wichtig. Der ZM-Pavillon wird voraussichtlich im Jahr 2027 zurückgebaut. Wir wollen die Stadt ermuntern, diesen so bald wie möglich abzubauen und den Pausenplatz den Kindern zurückzugeben. Mit diesen Anliegen stimmen die Grünen der Weisung zu.

**Karin Weyermann (Die Mitte):** Dem Postulat stimmen wir zu, da wir den Einbau von Produktionsküchen begrüßen. Beim Projektierungskredit bin ich zwiegespalten. Der Preis ist sehr hoch. Es ist klar, dass es wegen des Denkmalschutzes schwieriger ist, das Gebäude umzubauen. Nach wie vor stehen wir hinter dem Vorstoss, dass pro Klasse nur ein bestimmter Betrag erreicht werden soll und dieser wird in der Weisung deutlich überschritten. Dennoch soll der Projektierungskredit gesprochen werden, aber mit dem Hinweis, dass bei der Projektierung alles darangesetzt werden muss, die Kosten zu senken. Es muss möglich sein, das Vorhaben günstiger umzusetzen. Die Zusatzkosten, die gestützt auf Notwendigkeiten bedingt sind, müssen in der Weisung klar aufgeführt sein. Diese Transparenz zu allfälligen Mehrkosten muss gegeben sein.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** Die Diskussion zu den Schulhäusern führen wir immer wieder. Als Stadt wollen wir moderne Schulhäuser, auch wenn sie in denkmalgeschützten Objekten sind. Modern bedeutet, dass sie den aktuellen Raumanforderungen entsprechen, damit die Kinder in einem guten Setting zur Schule gehen können. Zudem sollen die Tagesschulen gut strukturiert sein und funktionieren, so wie es die Stimmbevölkerung entschieden hat. Mit dem Umbau und der Sanierung der Schulanlage machen wir genau das. Das Münchhalden wird für die Zukunft und die Kinder fit gemacht. In der Weisung sind die Kosten aufgeführt, die nach jahrzehntelangem versäumtem Unterhalt ins Gebäude gesteckt werden müssen, damit es von der nächsten Generation genutzt werden kann. Ein Drittel der Kosten ist zudem für den Dachstockausbau für die Tagesschule ausgewiesen. Wenn man in einem Schutzobjekt baut, ist das kostenintensiv. Bei einem solchen Objekt mit 3 Millionen Franken pro Klasse zu operieren, ist nicht möglich. Das würde dem Projekt nicht gerecht werden. Ich versichere Ihnen, dass die Investitionen sich für die Zukunft und den Erhalt des sehr schönen Gebäudes lohnen. Auch Letzteres ist Teil unserer Aufgaben. Bezüglich der Produktionsküche müssen wir Abklärungen

*treffen, da sie andere Anforderungen stellt und möglicherweise zusätzliche Kosten verursacht.*

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Referat: Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Christina Horisberger (SP), Christine Huber (GLP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
Minderheit:	Referat: Stefan Urech (SVP)
Enthaltung:	Sabine Koch (FDP)
Abwesend:	Sophie Blaser (AL), Dr. Tamara Bosshardt (SP), Yasmine Bourgeois (FDP), Isabel Garcia (FDP), Liv Mahrer (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 32 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Projektierung der Umbauten in der Schulanlage Münchhalde werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 2 260 000.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 17. September 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 17. November 2025)

**5056. 2025/285**

**Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Christina Horisberger (SP) vom 02.07.2025:**

**Instandsetzung und Umbau der Schulanlage Münchhalde, Einbau einer Produktionsküche**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/120, Beschluss-Nr. 5055/2025

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4808/2025).

Stefan Urech (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 20. August 2025 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 84 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**5057. 2022/528**

**Weisung vom 20.08.2025:**

**Motion der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen betreffend Projektierungskredit für den Bau einer attraktiven Velo- und Fussverbindung auf der Langstrasse in der Unterführung sowie sicherer und attraktiver Verbindungen in die Kreise 4 und 5, Antrag auf 2. Fristerstreckung**

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2022/528.

***Nicolas Cavalli (GLP)** beantragt namens der GLP-Fraktion die Ablehnung der sofortigen materiellen Behandlung und Überweisung an die SK SID/V: Diese Unterführung ruft Emotionen hervor. Sie ist ein Nadelöhr, das die Querung des Gleisfelds garantiert. Darum ist sie beliebt und wird rege genutzt. Glücklicherweise gab es bei der Veloführung bereits Verbesserungen. Die seitliche Unterführung wird sehr stark genutzt und ist eng. Das Problem sind die Verkehrsmischflächen. Darum verstehen wir nicht, wieso laut Antwort eine kostspielige Version umgesetzt werden soll, bei der Velos sowohl in der Unterführung für den Motorisierten Individualverkehr (MIV) als auch in der seitlichen Unterführung durchfahren können sollen. Dazu wollen wir Fragen stellen, denn mit diesem Ansatz bleibt die seitliche Unterführung ein kritischer Ort. Damit kein Projekt entsteht, mit dem niemand zufrieden ist, beantragen wir die Zuweisung an die Kommission.*

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 73 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

***STR Simone Brander:** Vor einem Jahr stand ich mit der letzten Fristerstreckung vor Ihnen. In Bezug auf das Vorprojekt werden verschiedene Details bspw. zum Fundament oder den Entwässerungsleitungen abgeklärt. Das wird aber nicht nur mit dem Ingenieur\*innenblick gemacht, sondern auch mit der städtebaulichen Brille. So stellen wir uns die Frage, wie die Unterführung aufgewertet und der Fuss- und Veloverkehr in den seitlichen Unterführungen verbessert werden kann. Ein Velobalkon wird nach wie vor angestrebt. Das Anliegen möchten wir gerne zu Ende bringen. Das Ziel ist, bis ins Jahr 2026 das Ausführungsprojekt fertiggestellt zu haben. Im Namen des Stadtrats bitte ich sie daher, uns zur Umsetzung ein weiteres Jahr Zeit zu gewähren. Die offenen Fragen können gerne mit einem Informationstraktandum in der Kommission diskutiert werden.*

***Derek Richter (SVP)** stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats: Den Ausführungen von STR Simone Brander entnehme ich, dass wir im Projekt keinen Millimeter vorangekommen sind. Seit Jahren befinden wir uns im Status quo. Die Mischverkehrsflächen sind nach wie vor ein Unding. Es ist weder ein Konzept noch ein Plan in Sicht. Darum beantragen wir die Ablehnung der Fristverlängerung.*

Weitere Wortmeldung:

***Andreas Egli (FDP):** Auch die letzte Fristerstreckung haben wir abgelehnt. Das Risiko bei der diskutierten Lösung des Velobalkons ist, dass Velofahrer beim Überholen über den Balkonrand fallen können. Es ist nicht sinnvoll, ein Projekt mit viel Aufwand und Kosten aufzugleisen, wenn Menschen dann vom Balkon fallen. Darum soll das Projekt abgebrochen werden. Die Verbreiterung der Tunnels ist aus diversen Gründen nicht möglich oder sinnvoll. Daher gewähren wir keine Fristerstreckung.*

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 70 gegen 33 Stimmen (bei 14 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 30. November 2022 überwiesenen Motion, GR Nr. 2022/528, der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktionen vom 2. November 2022 betreffend Projektierungskredit für den Bau einer attraktiven Velo- und Fussverbindung auf der Langstrasse in der Unterführung sowie sicherer und attraktiver Verbindungen in die Kreise 4 und 5, wird um weitere zwölf Monate bis zum 30. November 2026 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

**5058. 2025/108**

**Weisung vom 19.03.2025:**

**Dringliche Motion der SP-, GLP- und Grüne-Fraktion betreffend sichere ebenerdige Querung an der Thurgauerstrasse im Bereich des Schulhauses, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht zum Vorstoss GR Nr. 2023/143, betreffend sichere ebenerdige Querung an der Thurgauerstrasse im Bereich des Schulhauses, wird Kenntnis genommen.
2. Die Dringliche Motion, GR Nr. 2023/143, der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen vom 22. März 2023 betreffend sichere ebenerdige Querung an der Thurgauerstrasse im Bereich des Schulhauses, wird abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung Dispositivziffer 1 / Kommissionsreferat Schlussabstimmung Dispositivziffer 2:

**Andreas Egli (FDP):** *Das Schulhaus Thurgauerstrasse wurde am 19. August 2024 eröffnet. Das Einzugsgebiet für Kindergärtner und Schüler erstreckt sich auf beiden Seiten der Thurgauerstrasse. Kinder sind im Strassenverkehr grundsätzlich mehr gefährdet, da sie schlechter gesehen werden und Schwierigkeiten haben, Geschwindigkeiten einzuschätzen. Die Thurgauerstrasse ist eine stark befahrene Hauptverkehrsstrasse mit vier Auto- und zwei Tramspuren. Die Querungsdistanzen sind lang und für Tram und Auto separat geregelt. Die Komplexität zur Querung der Thurgauerstrasse ist grundsätzlich hoch. Zukünftig kommen Velospuren hinzu. Die beiden Autospuren haben keine Mittelinseln und die Grünphase kann sehr kurz sein, wenn sich ein Tram mit Priorisierung anmeldet. Aus Sicht der Fachperson für Verkehrssicherheit ist der Schulweg mit selbstständiger Querung der Thurgauerstrasse für Kindergärtner und Primarschüler nicht zu verantworten. Der geplante Umbau der Thurgauerstrasse ändert an dieser Einschätzung nichts. Der Bericht hält fest, dass eine Passerelle für eine sichere und selbstständige Querung der Thurgauerstrasse als Teil des Schulwegs notwendig ist. Zu diesem Fazit kommt nicht nur der Stadtrat, sondern auch die Kreisschulbehörde Glatttal und die Dienstabteilung Verkehr (DAV). Nur mit einer Passerelle können die Kinder die Thurgauerstrasse jederzeit konfliktfrei und ohne Wartezeit queren. Die Stadt baut daher noch im Jahr 2025 eine provisorische Passerelle, sofern die Einsprachen zurückgezogen wer-*

den. Als temporäre Massnahmen wurden die Geschwindigkeit des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) auf Tempo 30 reduziert und ein Begleitsdienst während der Schulzeiten organisiert. Zudem wurden diverse Markierungen zur besseren Orientierung des Schulwegs vorgenommen. Am Fussgängerstreifen wurde eine möglichst durchgehende Grünphase programmiert. Als repressives Element sind Blitzanlagen angekündigt. Weitere Massnahmen wurden geprüft, aber verworfen. Die provisorische Passerelle ist in der Planung weit fortgeschritten. Die Kosten sollen mit 1,5 Millionen Franken innerhalb der stadträtlichen Kompetenz liegen. Die Erfahrungen mit der Passerelle werden mit einem Monitoring erfasst und in die Prüfung langfristiger Lösungen für einen sicheren Schulweg einfließen. Der Stadtrat beantragt die Kenntnisnahme des Berichts und Abschreibung der Motion. Die Kommissionsmehrheit lehnt den Änderungsantrag der SVP ab und hält die Massnahmen für mehr Schulwegsicherheit im Bericht für zielführend.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung Dispositivziffer 1:

**Derek Richter (SVP):** Der Bericht zur Thurgauerstrasse ist hauptsächlich schlecht. Gut ist, dass man ein gemeinsames Ziel hat: Schulwege sollen sicher und selbstständig zurückgelegt werden können. Beim Bau des Schulhauses Thurgauerstrasse wurde man anscheinend überrascht, dass die Thurgauerstrasse dazwischenliegt. Im Bericht wird die Komplexität erwähnt. Das können wir nicht nachvollziehen, da die Thurgauerstrasse kerzengerade ist, die Fussgängerstreifen mit Lichtsignalen gesichert und Traminselfen vorhanden sind. So unsicher, dass die Situation komplex wäre, ist es nicht. Nun möchte man je eine Fahrspur für eine Velovorzugsroute umnutzen. Davon möchte ich abraten, wenn Ihnen wirklich etwas an der Schulwegsicherheit liegt. Die Gefahr der Verkehrsmittel geht in erster Linie vom Tram aus, aber auch von Velos, die mit Höchstgeschwindigkeit jedes Rotlicht missachten. Im Bericht wird auch das Narrativ von Tempo 30 und der Lärminderung bedient. An der Thurgauerstrasse finden sich praktisch nur Gewerberäume, da ist keine Lärmvorgabe nötig. Den Blitzkasten kritisieren wir selbstverständlich. Zu Tempo 30 sagen wir kategorisch Nein. Dass das Lehrpersonal den temporären Begleitsdienst nicht ausführen könne, finden wir zweifelhaft. Die Kosten für die Passerelle sind halbwegs nachvollziehbar. Das Schulhaus wird nur zu 26,03 Prozent des gesamten Jahres genutzt – die Schulwegmassnahmen sind also zu 73,97 Prozent der Zeit unnütz. Die Kommissionsminderheit nimmt den Bericht daher ablehnend zur Kenntnis.

Weitere Wortmeldungen:

**Andreas Egli (FDP):** Der Rat hat die provisorische Passerelle gegen den Willen der FDP aus dem Budget 2023 gestrichen. Ein Stadtrat kam Anfang 2023 auf mich zu und hat auf die Rückmeldung der Kreisschulbehörde und der Fachperson für Schulwegsicherheit hingewiesen. Diese Informationen waren für alle Parteien zugänglich. Zwischenzeitlich gab es den tragischen Todesfall eines Kindes am Escher-Wyss-Platz. Zusammen mit Sabine Koch (FDP) entwarf ich einen Postulatstext, der trotzdem eine Passerelle forderte. Dieser erhielt grundsätzlich positives Feedback im Sinn eines Wiedererwägungsgesuchs für eine provisorische Passerelle. Links-Grün stimmte dem zähneknirschend zu, brachte aber dann doch eine eigene Motion in den Rat ein. Unser Postulat fand darum im Bericht von STR Simone Brander keine Erwähnung. Die FDP schätzt, dass sich die Notwendigkeit der Passerelle durchgesetzt hat. Vom Bericht nehmen wir Kenntnis, schreiben die Motion gerne ab und sehen unser diesbezügliches Postulat als erfüllt an. Jedoch bedauern wir, dass es so lange gedauert hat und noch dauern wird.

**Reis Luzhnica (SP):** Ich danke der Verwaltung, dass einige Massnahmen sehr schnell umgesetzt wurden. Die Schulwegsicherheit ist äusserst wichtig. Damit nie wieder Tragödien wie am Escher-Wyss-Platz geschehen, muss man alles unternehmen. Die umgesetzten und kommenden Massnahmen wie die Tempo- und Rotlichtblitzgeräte und die

*Tempo-30-Zone begrüßen wir sehr. Dass die SVP dagegen ist, erstaunt mich. Ja, es gibt viel Gewerbe an dieser Strasse, aber dadurch auch Gewerbetreibende, die durch den Lärm belastet werden. Dass Tempo-30 nur provisorisch ist, bedauern wir.*

**Markus Knauss (Grüne):** *Die Thurgauerstrasse ist ein Relikt aus einer vergangenen Zeit, als man noch an die autogängige Stadt glaubte. Sie wird täglich 15 000-mal befahren, was für eine städtische Hauptstrasse nicht viel ist. Wir müssen feststellen, dass sich das Gebiet um die Thurgauerstrasse anders entwickelt, als man es sich damals vorgestellt hat. Nun gibt es dort ein Schulhaus und bald eine Wohnsiedlung. Der Übergang von der alten Vorstellung zur neuen Realität stellt ein Problem dar. Wir sind froh, dass die Massnahmen, um diesen zu einfacher zu gestalten, umgesetzt wurden. Andreas Egli (FDP) meinte, dass wir uns gegen die Passerelle wehrten und über unseren Schatzen gesprungen seien. Das stimmt. Nun versuchen wir es mit der provisorischen Passerelle. Weil privat Rekurs eingelegt wurde, müssen die provisorischen Massnahmen zur Sicherheit der Schulkinder noch relativ lange aufrechterhalten werden. Das Ziel muss sein, dass die Thurgauerstrasse wieder eine Strasse wird, die zur Umgebung passt. Im Rat sprechen wir darum nicht zum letzten Mal darüber. Den Bericht nehmen wir zur Kenntnis, aber ein Rückbau der Thurgauerstrasse ist nach wie vor pendent.*

**Sandra Gallizzi (EVP):** *Im Bericht geht es um die Sicherheit der Kinder, die diese Strasse queren müssen, um zum Schulhaus oder Kindergarten zu gelangen. Diese Sicherheit hat höchste Priorität. Dafür braucht es die vorgeschlagenen Massnahmen wie die Passerelle und die temporäre Geschwindigkeitsreduktion. Was daran nicht verständlich ist, entzieht sich meinem Verständnis. Die Thurgauerstrasse ist wegen verschiedenen Verkehrsteilnehmern durchaus komplex. Darum braucht es Massnahmen. Die Fraktion Die Mitte/EVP nimmt den Bericht zur Kenntnis und schreibt die Motion ab.*

**Derek Richter (SVP):** *Andreas Egli (FDP) instrumentalisierte den tragischen Vorfall am Escher-Wyss-Platz, obwohl wir bis heute keine Informationen über die Ursachen haben. Das auf die Thurgauerstrasse anzuwenden, finde ich billig, da die Verkehrssituationen sehr unterschiedlich sind. Markus Knauss (Grüne) bemüht sich, das Lärmargument wieder und wieder aufzubringen. An dieser Stelle scheinen andere Lärmquellen als der MIV relevanter. Die Einsprache gegen die Passerelle kam aus linken Kreisen, obwohl sie eine räumliche Trennung zwischen Verkehr und Schulkindern ermöglichen würde.*

#### **Persönliche Erklärung:**

Markus Knauss (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zum Votum von Derek Richter (SVP).

**Sven Sobernheim (GLP):** *Die Passerelle war nie unbestritten, darum brauchte es die Ersatzmassnahmen, die wir jetzt mehrheitlich zur Kenntnis nehmen. Werden die Nutzungsdaten der Passerelle ausgewertet, wird sich zeigen, dass sie nicht genutzt wird. Die Kinder werden eher über die Strasse rennen, als die Passerelle zu nutzen, u. a. da die Thurgauerstrasse nicht stark befahren ist. Die Spurumwidmung von Auto zu Velo ist machbar und verträglich. Momentan gibt es hauptsächlich Gewerbe um die Thurgauerstrasse, doch wenn dort zukünftig attraktive Wohnungen gebaut werden sollen, muss Tempo 30 angestrebt werden – sonst sind die Wohnungen nicht bewilligungsfähig. Eine Stadtautobahn an diesem Ort entspricht nicht mehr dem Bedürfnis der Bevölkerung.*

**Christian Häberli (AL):** *Vor über 10 Jahren forderten wir mit Einwendungen zum Gestaltungsplan an der Thurgauerstrasse bereits diese Passerelle. Uns leuchtet ein, dass es bis zum Rückbau der Stadtautobahn noch länger dauern wird. Die Schulwegsicher-*

heit spielt da eine grosse Rolle. Das Schulhaus wurde vor einem Jahr in Betrieb genommen. Die Kinder sind verunsichert und rennen nicht bei Rot über die Strasse. Die Situation ist u. a. wegen der Tramspur sehr gefährlich. In der Zwischenzeit wurde «Pflasterpolitik» betrieben, so wurde temporär Tempo 30 eingeführt. Auch das Tram fährt dort übrigens mit 30 Stundenkilometern. Die geplante Passerelle hat die Schwäche, dass sie zu kurz ist. Sie überquert die Vorzone nicht. Damit schafft sie einen grossen Gefahrenherd des Schulwegs nicht aus der Welt. Die Situation ist nach wie vor unbefriedigend.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Die Geschichte um die Passerelle ist uralte. Wie man gegen eine solche Passerelle Einsprache erheben kann, ist nicht plausibel. Es kann weder ein gestalterisches noch ein sachliches Motiv sein, sondern ist vermutlich ein rein politisches. Hier sehen wir die Taktik: Tempo 30 und Spurreduktionen werden als temporär angekündigt, werden dann aber plötzlich zur Regel. Das Vorgehen der rot-grünen Seite ist höchst fragwürdig, da sie die Sicherheit der Kinder instrumentalisiert.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Simone Brander:** Wir haben in den letzten Jahren die Erkenntnis gewonnen, dass sich eine vierspurige Autostrasse mit eigenem Tramtrasse nicht wegdebattieren lässt. Sie ist eine Tatsache und verlangt nach einem Umgang – besonders, wenn sie ein trennendes Element auf dem Schulweg darstellt. Die Weisung führt aus, wie dieser Umgang aussieht. Eine Reihe von Massnahmen mit dem Ziel, die Schulwegsicherheit zu verbessern, wurde bereits umgesetzt. So wurde das auf Tempo 30 reduziert, was gut funktioniert. Nebenbei hat sich die Aufenthaltsqualität in angrenzenden Gastronomiebetrieben verbessert, auch wenn das nicht das Hauptziel war. Die Passerelle sollte gemäss Weisung im 3. Quartal 2025 gebaut werden. Eine Einsprache verzögert das Ganze leider. Mit der Partei werden Verhandlungen geführt. Bis es so weit ist, bleiben die anderen Massnahmen inklusive Lotsendienst in Kraft. Das Ziel ist ein möglichst sicherer Schulweg. Es liegen noch einige Steine im Weg, aber die Motion ist grundsätzlich erfüllt.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht zum Vorstoss GR Nr. 2023/143, betreffend sichere ebenerdige Querung an der Thurgauerstrasse im Bereich des Schulhauses, wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Referat: Andreas Egli (FDP); Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Oliver Heimgartner (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP)
Minderheit:	Referat: Derek Richter (SVP); Stephan Iten (SVP)
Abwesend:	Guy Krayenbühl (GLP), Michael Schmid (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Referat: Andreas Egli (FDP); Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Oliver Heimgartner (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP)  
Minderheit: Referat: Derek Richter (SVP); Stephan Iten (SVP)  
Abwesend: Guy Krayenbühl (GLP), Michael Schmid (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Andreas Egli (FDP); Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Oliver Heimgartner (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Stephan Iten (SVP), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Derek Richter (SVP)  
Abwesend: Guy Krayenbühl (GLP), Michael Schmid (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht zum Vorstoss GR Nr. 2023/143, betreffend sichere ebenerdige Querung an der Thurgauerstrasse im Bereich des Schulhauses, wird Kenntnis genommen.
2. Die Dringliche Motion, GR Nr. 2023/143, der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen vom 22. März 2023 betreffend sichere ebenerdige Querung an der Thurgauerstrasse im Bereich des Schulhauses, wird abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 17. September 2025

**5059. 2025/230**

**Dringliches Postulat von Stefan Urech (SVP) und Deborah Wettstein (FDP) vom 11.06.2025:**

**Anpassung der Planung der Velobrücke zwischen den Kreisen 4 und 5 hinsichtlich eines Weiterbetriebs der Yonex Badminton Halle**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

**Stefan Urech (SVP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4708/2025):** Nachdem sich herausstellte, dass STR Simone Brander der Yonex Badminton Halle die Federn rupfen will, um Platz für die gleisquerende Velobrücke zu schaffen,

wurden Deborah Wettstein (FDP) und ich als Quartiervertreter aktiv. Wir fordern, dass der Stadtrat prüft, ob die Velobrücke über die Gleise so gebaut werden kann, dass die in unserem Quartier äusserst beliebte Yonex Badminton Halle erhalten bleiben kann. Diese Halle ist eine Institution im äusseren Kreis 5. Sie wird mit viel privatem Engagement betrieben. Zeugen davon sind die fast 30 000 registrierten Kunden und die von 7000 Personen unterzeichnete Petition, die STR Simone Brander heute übergeben wurde. Die vielen Kunden zeigen, dass es ein niederschwelliges Sportangebot ist, was für die Gesundheit aller sehr wichtig ist. Die Halle ist nicht nur aus sportlicher Sicht, sondern auch aus städtebaulicher Perspektive von grosser Bedeutung. In der Halle wird zusammen getanzt, getrunken, Musik gehört und es finden viele kulturelle Anlässe statt. Die Halle lebt – und das in einem Teil des Quartiers, der nicht belebt ist. Die Halle ist wichtig, da sie Leute anzieht und das Geschäft rundherum ankurbelt. Ich möchte STR Simone Brander auf das Wort «Partizipation» ansprechen, worauf im Rat immer wieder ein hohes Lied gesungen wird. Doch wenn es hart auf hart kommt, scheinen das nur Lippenbekenntnisse zu sein. Die wichtigen Player des Quartiers wurden im Dunkeln gelassen und vor vollendete Tatsachen gestellt. Heute können wir dem Stadtrat mehr Zeit geben, um die Lage zu überdenken. Das Quartier sendet deutliche Signale für das Überleben der Halle.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Simone Brander:** Wir lehnen weder den Sport Badminton noch die Badmintonhalle ab. Den Vorstoss können wir aus anderen guten Gründen nicht annehmen. Die Häuserzeile zwischen dem Viadukt und der Hardbrücke ist einmalig: Es ist ein Biotop aus Clubs, Gewerben, Gastronomie und mehr. Die Badmintonhalle passt dort gut hin. Dass sie seit über 25 Jahren an dieser Stelle sein darf, hat sie einer glücklichen Fügung zu verdanken. Nur ein kleiner Teil dieser Parzelle gehört der Stadt; die anderen Teile gehören wenigen Privaten. Schon vor Jahren dachte die Stadt laut darüber nach, die Parzelle zu kaufen und dort zu bauen. Die Privaten verweigerten den Verkauf. Es war also immer klar, dass das Land an den Baugleisen eine Reserve ist und womöglich eines Tages auf diese zurückgegriffen werden muss. Die Sachkommission Sicherheitsdepartement/Verkehr (SK SID/V) monierte, dass der Aufstieg zur ursprünglich dort geplanten Velobrücke zu steil und schmal sei und man das noch einmal überprüfen müsse. Der Wunsch, der die heutige Diskussion auslöste, stammt also aus dem Gemeinderat. In den letzten Monaten machte ich mich dafür stark zu überprüfen, ob man einen Teil der Halle stehen lassen kann. Das Tiefbauamt ging dafür frühzeitig auf die Betreiber zu. Das Ergebnis war ernüchternd: Es wäre zwar Platz vorhanden, um die halbe Halle weiterzubetreiben, doch es gibt zwei Haken. Für die Bauphase würde zum einen die gesamte Parzelle benötigt und zum anderen müsste im Anschluss eine weitaus kleinere Halle gebaut werden, die womöglich nicht wirtschaftlich betrieben werden könnte. Das Schicksal der Badmintonhalle und der Franca-Magnani-Brücke sollen nicht auf diese Weise miteinander verknüpft werden. Weder die Hardbrücke noch die Unterführung an der Langstrasse sind befriedigende Verbindungen für den Velo- und Fussverkehr zwischen den Kreisen 4 und 5. Baut man für Velos und Fussgänger\*innen, soll das so geschehen, dass es ihnen tatsächlich nützt. Minimallösungen bedeuten oft Ärger. So wie die Franca-Magnani-Brücke als überarbeitetes Projekt geplant ist, wird sie gut bestehen können. An ihr herumzuschrauben, würde bedeuten, sie schlechter zu machen. Haltet den Stadtrat dazu an, Badminton zu fördern, aber tut dies nicht auf Kosten der Qualität eines wichtigen Infrastrukturprojekts.

Weitere Wortmeldungen:

**Pascal Lamprecht (SP)** stellt folgenden Textänderungsantrag: In diesem Postulat treffen viele Zielkonflikte aufeinander. Der mangelnde Platz stellt das Hauptproblem dar. Natur-

lich hätten wir gerne die Halle und die Brücke, aber es muss eine Güterabwägung getroffen werden. Die SP-Fraktion steht hinter der Velo- und Fussgängerbrücke, besonders da Volksentscheide diese verlangt haben. Dennoch ist uns Badminton auf keinen Fall egal. Nur ist das Postulat zu absolut formuliert und wir laufen Gefahr, leere Versprechen einzugehen. Darum wollen wir den Prüfungsfächer öffnen und den gesamten Stadtrat inklusive Vorsteher des Schul- und Sportdepartements in die Pflicht nehmen. STR Simone Brander meinte, dass man für die Förderung von Badminton offen sei. Wenn dafür zukünftig mehr getan wird, könnte man vielleicht eine Lösung finden. Darum wollen wir eine Textergänzung, mit der wir hoffen, die Konflikte auf Dauer zu lösen. Wenn die Prüfung zeigen sollte, dass es unmöglich ist, die Yonex-Halle zu belassen, soll der Stadtrat dazu verpflichtet werden, nach einem Alternativstandort im Quartier zu suchen. Ich hoffe, dass wir diesen pragmatischen Weg mit einer breiten Mehrheit gehen können.

**Markus Knauss (Grüne):** Die Fussgänger\*innen- und Velobrücke ist für die Entwicklung der Stadt von entscheidender Bedeutung. Trotzdem scheint es beim Projekt nicht vorwärtszugehen und es wird noch Jahre dauern, bis die Brücke gebaut werden kann. Die Sachlage ist klar: Soll die Brücke gebaut werden, muss die Yonex Halle weg – egal, welche Dimension die Brücke annimmt. Die beiden Dinge gehen nicht aneinander vorbei. Wir ziehen die Brücke vor. Der Textänderungsantrag der SP überrascht uns und wir werden uns noch einmal besprechen. Das Postulat ist in der ursprünglichen Form abzulehnen, da der Prüfauftrag erfüllt ist: Die Halle kann mit der Brücke nicht erhalten werden.

**Deborah Wettstein (FDP)** ist mit der Textänderung einverstanden: Stadtentwicklung darf nicht heissen, dass eine Sportart die andere verdrängt. Die Betreiber der Yonex Halle überreichten STR Simone Brander eine Petition mit 7000 Unterschriften. Die Zahl zeigt, wie stark die Badmintonhalle in unserer Stadt verankert ist. Die Halle wird von verschiedenen Altersgruppen genutzt und ist ein sportlicher und sozialer Treffpunkt. Das Postulat verlangt nichts Radikales, sondern bloss, dass die Brücke und Halle nebeneinander bestehen können – ohne Abstriche in Sicherheit und Funktionalität. Sollte das nicht möglich sein, soll die Halle im Kreis 5 erhalten bleiben. Die FDP stimmt der Textergänzung zu.

**Nicolas Cavalli (GLP):** In diesem Quartier ist der Druck und Umbruch gross. Daher sind wir uns des schweren Zielkonflikts bewusst. Die GLP stellt sich hinter eine gute Veloinfrastruktur. Womöglich ist es der einfachste Weg, die Yonex Halle zu opfern. Darum soll die Lage auf die genannten Argumente geprüft werden. Die Textergänzung der SP finden wir gut, da sie lösungsorientiert ist. Es wäre schade, einen Radikalschnitt zu machen. Zunächst sollte man nach dem Erhalt der Halle streben und wenn das nicht möglich ist, einen Alternativstandort finden. Wir unterstützen das Postulat mit Textänderung.

**Benedikt Gerth (Die Mitte):** Uns ist wichtig, dass nicht die einen gegen die anderen Nutzer ausgespielt werden. Hier wird ein wichtiger Teil der angestrebten 15-Minuten-Stadt durch eine Brücke ersetzt. Man kann sich fragen, ob die Franca-Magnani-Brücke überhaupt notwendig ist. Es gibt diverse Überquerungsmöglichkeiten und man kann die Sache als Luxusproblem betrachten. Die Verwaltung kann bestimmt eine kluge Lösung erarbeiten, bei der die Halle nicht weichen muss. Darum unterstützen wir das Postulat.

**Martina Zürcher (FDP):** Schon lange wird die Franca-Magnani-Brücke geplant. Daher kommt es ein bisschen plötzlich, dass die Halle für den Bau der Brücke abgerissen werden muss – egal wie breit die Brücke wird. Es ist nicht das erste Mal, dass das Tiefbauamt plötzlich auf andere Begebenheiten stösst, als zuvor erwartet. Der Fokus sollte wieder auf die Stadttingenieurskunst statt auf ideologischen Parkplatzkahlschlag gerichtet werden, damit diese Umstände vorher entdeckt und miteingeplant werden können.

**Michael Schmid (AL):** Die Yonex Halle stillt ein wichtiges Bedürfnis der Bevölkerung. Es würde mich freuen, wenn das Angebot weiter besteht. Sie an diesem Ort zu erhalten und eine sinnvolle Velo- und Fussgängerverbindung über die Gleise zu bauen, scheint gemäss Planungsstand schwierig zu sein. In diesem Sinn begrüssen wir die Textänderung der SP, die den Fächer der Möglichkeiten öffnet. Eine gut erreichbare Nutzung des Badmintonsports durch die breite Bevölkerung soll weiterhin möglich sein. Es kann auch gern geprüft werden, ob es nicht eine sinnvollere Verbindung zwischen Kreis 4 und 5 gibt.

**Selina Frey (GLP):** Für Badminton ist es schwierig, in Zürich einen gleichwertigen Alternativstandort zu finden. Entsprechend ist das Angebot beliebt und ausgebucht. Mit der Textänderung können wir versuchen, eine pragmatische Lösung zu finden.

**Stefan Urech (SVP):** Gegenüber der Argumentation des Stadtrats bin ich skeptisch. Die Argumente, weshalb es keine Alternativen geben soll, ändern sich dauernd. Daher glaube ich nicht, dass es tatsächlich keine Lösung gibt, sondern dass er keine haben will. Es geht nicht um den Badminton sport, sondern darum, dass genau dieser Ort ein sozialer Treffpunkt ist, an dem Quartierbelebung stattfindet. Zähneknirschend stimmen wir der Textänderung zu. Als Quartiervertreter möchte ich darauf hinweisen, dass in dieser Textänderung das Hauptanliegen ist, dass eine Alternative im Kreis 5 oder der direkten Umgebung gefunden werden soll, damit die Institution unserer Quartierbevölkerung erhalten bleibt.

**Lisa Diggelmann (SP):** Von Seiten SP möchten wir betonen, dass wir den Bedarf für den Badminton sport anerkennen. Die Textänderung soll eine Zukunftsperspektive bringen, darum bin ich froh, dass sie angenommen wurde. Das Bauprojekt ist eine Herausforderung. Es ist jedoch von Interesse für die Bürgerlichen, dass die Stadt im ersten Schritt schaut, ob sie die Vorhaben auf eigenen Parzellen ausführen kann, ohne dass jemand enteignet werden muss. Unsere Forderung ist, dass der Stadtrat proaktiv einen Alternativstandort für den Badminton sport sucht, idealerweise im Kreis 5.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die geplante Velobrücke zwischen den Kreisen 4 und 5 geplant werden kann, dass der Weiterbetrieb der Yonex Badminton Halle am bestehenden Standort möglich bleibt, sofern dadurch die Funktionstauglichkeit und Sicherheit der Brücke nicht beeinträchtigt werden. Sollte dies nicht möglich sein, ist ein Alternativstandort für den Badminton-Sport idealerweise im Kreis 5 zu suchen.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 109 gegen 9 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

#### 5060. 2025/319

**Dringliche Motion von Christian Häberli (AL), Ursina Merkler (SP) und Sibylle Kauer (Grüne) vom 09.07.2025:**

**Revision der Verordnung für die Abfallbewirtschaftung (VAZ) im Zusammenhang mit dem Betrieb der dezentralen und zentralen Recyclinghöfe**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, die Dringliche Motion entgegenzunehmen.

**Christian Häberli (AL)** begründet die Dringliche Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4873/2025): Im Verlauf der letzten 12 Monate lernten wir viel darüber, wie die Entsor-

gung von Sperrgut und ähnlicher Materialien organisiert ist und wie sie einwohnendenfreundlicher und nachhaltiger gestaltet werden könnte. Im Rahmen der Beratung zur Parlamentarischen Initiative «Verzicht auf die Erhebung der Mengengebühr bei der Anlieferung von Sperrgut bis zu einer bestimmten Menge» haben wir festgestellt, dass der Begriff «Sperrgut» nicht von allen gleich genutzt und verstanden wird. In der Verordnung über die Abfallbewirtschaftung (VAZ) ist er als «brennbare Siedlungsabfälle, die aufgrund der Grösse und Form nicht in Zürich-Säcken entsorgt werden können» definiert. In der realen Welt der Entsorgungscoupons wurden Sperrgut, Metall und Grubengut zusammengefasst behandelt, obwohl Metall eigentlich ein Wertstoff ist und recycelt werden kann. Bei der Anlieferung an dezentrale Entsorgungsstellen oder bei Entrümpelungsaktionen ist in der VAZ nur von Sperrgut die Rede, obwohl es in der Praxis gleich wie an den zentralen Recyclinghöfen gehandhabt wird. Anscheinend war die bisherige Unterteilung der Abfallabgaben in Einheiten von 100 kg lediglich der Messgenauigkeit der Lastwagewaage im Hagenholz geschuldet. Das ist nun nicht mehr der Fall. Zudem setzt die Realisierung des Verursacherprinzips den Lösungen mit Freimengen engere Grenzen, als man das bei der Einführung der Entsorgungscoupons vorausgesehen hatte. Die Vorkehrungen der VAZ sind nicht mehr aktuell und entsprechen nicht dem Bedarf der Bevölkerung. Aus Sicht der Unterzeichnenden soll sie daher revidiert werden. Die zentralen stationären und dezentralen mobilen Recyclinghöfe sollen gleichbehandelt werden. Bei beiden Recyclinghofarten soll die gleiche Menge Sperrgut kostenlos abgegeben werden können. Zudem sollen die Wertstoffe, die einen Marktpreis haben, gemäss den Angaben der Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED) von den Entsorgungsgebühren befreit werden. Das ist für Altmetall seit dem 1. Mai 2025 der Fall. Die Einlieferung von Sperrgut im zentralen Recyclinghof soll durch die Festlegung eines Preises, der Abfallmengen in kleineren Gewichtseinheiten abwickelt, vergünstigt werden. So kann man eine progressive und insgesamt kostendeckende Gebühr mit tieferen Preisen für die ersten Anlieferungen prüfen. Die Intervalle der Abfallsammlungen bei Haushalten sollen zudem flexibler an Veränderungen angepasst werden können. Weiter sollen gewisse Begrifflichkeiten in der Verordnung den heutigen Gegebenheiten angepasst werden. Das ist nur ein Auszug der Themen der Revision. Zusammen mit allen anderen bereits eingeleiteten Massnahmen bildet sie einen adäquaten Ersatz für die alten Entsorgungscoupons.

**Johann Widmer (SVP)** begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 27. August 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Die Motionäre haben schon recht, wenn sie ein Chaos ausmachen, doch sie beschreiten den falschen Weg. Man muss nicht noch mehr Geld in die Hand nehmen, um das Chaos weiter zu verschlimmern. Wir vermissen eine erkennbare Entsorgungs- und Recyclingstrategie in Zürich. Bevor die nicht vorliegt, sind alle anderen Unterfangen sinnlos.

Weitere Wortmeldungen:

**Ursina Merkle (SP):** Die Strategie zur Abfallbewirtschaftung ist klar: Velofahrenden und Zufussgehenden will man die Möglichkeit bieten, dass sie Abfall entsorgen können. Dazu sollen bspw. mit den mobilen Recyclinghöfen, die die Entsorgung gratis ermöglichen, Anreize geschaffen werden. Zudem möchte man eine bedarfsgerechte Entsorgungs-, Recycling- und Reparaturmöglichkeit für Abfall. Es ist eine ökologische, auf die Bevölkerung und ihre Bedürfnisse ausgerichtete Strategie. Die mobilen Recyclinghöfe bieten den Velofahrenden und Zufussgehenden die Möglichkeit, Elektrogeräte und Sperrgut gratis zu entsorgen. Nun kann man das auch für die zentralen Recyclinghöfe einführen: Die Einlieferung von Sperrgut soll dort durch die Festlegung des Preises pro Abgabemenge in Schritten von kleineren Gewichtseinheiten vergünstigt werden. Die Anlieferung von Kleinmengen soll sich auch an diesen Höfen lohnen, besonders nach der Abschaffung der Entsorgungscoupons. Diese Anpassungen runden das städtische Konzept ab und tragen dazu bei, dass der ökologische Aspekt der Abfallbewirtschaftung besser verstanden wird.

**Sibylle Kauer (Grüne):** Den Grünen ist es wichtig, dass die Steuerung der Entsorgung und von Recycling in die richtige Richtung geht: Möglichst wenig soll weggeworfen und die klimaschonende Anlieferung gefördert werden. Darum soll die Anlieferung zu Fuss und per Velo standortunabhängig werden. Die Anwohner\*innen sollen den nächstmöglichen Recyclingpunkt wählen können. Bei einer klimaschonenden Anlieferung zu Fuss oder per Velo soll die gleiche Menge Sperrgut kostenlos abgegeben werden können. Auch die anderen Punkte der Motion verbessern das Recyclingangebot in Zürich. Wertstoffe mit Marktpreis wie bspw. Metall sollen von den Gebühren befreit werden und die Einlieferung von Sperrgut soll in kleineren Schritten abgerechnet werden. So werden diejenigen begünstigt, die wenig bringen. Wir stimmen der Motion zu.

**Dr. Emanuel Tschannen (FDP):** Die FDP setzt sich immer für eine nachhaltige, konsumentenfreundliche und kostengünstige Entsorgungs- und Umweltpolitik ein. In diesem Zusammenhang reichten wir einige Vorstösse ein. Im Zuge der Kommissionsberatungen zeigte sich, dass der VAZ die Luft fehlt. Darum muss sie überarbeitet werden. Es freut mich, wenn die Motion überparteilich abgestützt ist. Jedoch hätten wir die Entsorgungscoupons übergangsrechtlich in der Verordnung behalten wollen. Ansonsten unterschreiben wir 80 Prozent der revidierten Verordnung. Darum stimmt die FDP der Motion zu.

**Benedikt Gerth (Die Mitte):** Wir überlegten uns, eine Textänderung einzureichen. Wir entschieden uns aber dagegen, da die Motion sowieso mit Ungerechtigkeiten durchgesetzt ist. Die Ungleichbehandlung nach Art des Recyclinghofs wurde durch die Diskriminierung ganzer Bevölkerungsgruppen ersetzt. Wenn das Gratisangebot nur für Zufussgehende und Velofahrer geschaffen wird, werden 50 Prozent der Bevölkerung diskriminiert, weil sie in der VAZ nicht erwähnt werden. Wir wollen eine diskriminierungsfreie Lösung für alle statt für wenige. Die kleineren Intervalle, gekoppelt an die Abfallmenge, sind ein pragmatischer Vorschlag. Den Wertstoff im Sinn des Marktpreises zu entbinden, ist theoretisch sinnvoll, aber kann in der Praxis zu vielen Diskussionen führen. Für alle Arten von Abfall gibt es einen Marktpreis, da aus ihm Wärme generiert werden kann. Es soll eindeutig definiert werden, welche Materialien einer Entsorgungsgebühr unterliegen und welche nicht. Die progressive Abstufung der Abfallmengen ist unnötig, da es primär darum geht, dass kleine Abfallmengen gratis abgegeben werden können. Die Beibehaltung der Coupons wäre die einfachere Lösung gewesen. Die DieMitte/EVP-Fraktion lehnt die Motion ab.

**Christian Häberli (AL):** Johann Widmer (SVP), das Wort «Franken» kommt kein einziges Mal in der revidierten VAZ vor. Wo die Motion Mehrkosten verursachen soll, ist uns nicht klar. Benedikt Gerth (Die Mitte), beim letzten Punkt geht es genau darum, die kleineren Abfallmengen kostenlos oder günstiger abzugeben. Je mehr man einliefert, desto mehr muss man zahlen. Mit der Revision können diese Unklarheiten geklärt werden.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Simone Brander:** Die Motion nimmt diverse Punkte auf, die in der Entsorgungsdebatte im Rat erwähnt wurden. Der Stadtrat ist der Meinung, dass die Motion in die richtige Richtung geht. Darum ist er bereit, sie entgegenzunehmen. Eine Revision der VAZ ermöglicht es uns, sie auf den neusten Stand zu bringen. Der Ausbau der mobilen Recyclinghöfe geht in der Zwischenzeit weiter. Mit der Motion wurde eine gute Grundlage für einen breiten Konsens geschaffen. Allerdings wird der Revisionsprozess nicht beschleunigt, nur weil die Motion dringlich ist. Revisionen benötigen Zeit. In zwei Jahren sollte sie aber fertiggestellt sein. Darum bitte ich im Nachgang um ein wenig Geduld.

Die Dringliche Motion wird mit 96 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

## **E i n g ä n g e**

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### **5061. 2025/394**

**Beschlussantrag von Dr. Jonas Keller (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Sophie Blaser (AL) vom 10.09.2025:  
Debatten des Gemeinderats, Verbesserung der Zugänglichkeit für schwerhörige und gehörlose Personen**

Von Dr. Jonas Keller (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Sophie Blaser (AL) ist am 10. September 2025 folgender Beschlussantrag eingereicht worden:

Die Geschäftsleitung des Gemeinderats wird aufgefordert zu prüfen, wie die Zugänglichkeit zu den Debatten des Gemeinderats für schwerhörige und gehörlose Personen verbessert werden kann. Insbesondere soll geprüft werden, wie der Livestream der Ratsdebatte mit einer Verdolmetschung in Gebärdensprache und Live-Untertitelung ausgestattet werden kann.

Begründung:

Die Öffentlichkeit der Debatten im Gemeinderat ist ein Grundpfeiler der Demokratie. So können alle interessierten Einwohner:innen die Argumente und Entscheide des Gemeinderats in Echtzeit mitverfolgen und am politischen Leben der Stadt teilhaben. Gerade bei Debatten, welche eine spezifische Gruppe betreffen, werden die Diskussionen im Rat zum Teil mit regem Interesse verfolgt. Seit der COVID-19 Pandemie wird der Ratsbetrieb live ins Internet übertragen, was den Zugang der breiten Bevölkerung zu den Diskussionen und Entscheiden des Gemeinderats weiter erleichtert. Sowohl die Debatten im Ratssaal, als auch die Liveübertragung ins Internet sind für hörbehinderte und insbesondere gehörlose Personen allerdings nicht zugänglich. Mit einer Verdolmetschung in Gebärdensprache und Untertitelung des Livestreams ermöglicht es der Gemeinderat auch dieser Gruppe, das Ratsgeschehen zu verfolgen und ihre demokratischen Rechte barrierefrei wahrzunehmen. Ausserdem ermöglicht es die Untertitelung des Livestreams auch Personen, die den Livestream ohne Ton schauen, die Voten zu verfolgen.

Mitteilung an den Stadtrat

### **5062. 2025/395**

**Motion von Tanja Maag (AL), Pascal Lamprecht (SP), Selina Walgis (Grüne) und 7 Mitunterzeichnenden vom 10.09.2025:  
Betrieb von niederschweligen, dezentralen Anlaufstellen an geeigneten Standorten in städtischen Quartieren für kostenfreie und unbürokratische Zugänge zur städtischen Verwaltung**

Von Tanja Maag (AL), Pascal Lamprecht (SP), Selina Walgis (Grüne) und 7 Mitunterzeichnenden ist am 10. September 2025 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, die den Betrieb von niederschweligen, dezentralen Anlaufstellen, sog. «Drehscheiben», an geeigneten Standorten in städtischen Quartieren verankert. Die Trägerschaft der «Drehscheiben» soll, wenn möglich, zivilgesellschaftlich organisiert sein. Sinn und Zweck sind kostenfreie und unbürokratische Zugänge zur städtischen Verwaltung. Zudem wird aktiv auf andere Angebote im Quartier wie beispielsweise Gemeinschaftszentren aufmerksam gemacht. Ziel

ist somit die soziale Teilhabe und das Schaffen der Gelegenheit zur Vernetzung der lokalen Angebote im Unterstützungs- und Freizeitbereich.

Begründung:

Niederschwellige, dezentrale Anlaufstellen entsprechen einem Bedürfnis der Stadtbevölkerung. Das haben verschiedene Analysen gezeigt. Insbesondere Quartiere mit starker Transformation erfahren durch unabhängige Anlaufstellen wie die Drehscheiben einen Mehrwert für ihre Bewohner\*innen. Auch die Vernetzungsfunktion zwischen institutionellen Akteuren ist gewinnbringend. Zudem können infolge der (vergangenen und zukünftigen) Zusammenlegung von städtischen Anlaufstellen (z.B. Kreisbüros) durch die Einführung von Drehscheiben die negativen Folgen abgedefert werden, ohne dass Synergieeffekte gemildert werden.

Zur Beurteilung eines dreijährigen Pilotversuchs (2022-2025) wurden vom Stadtrat Evaluationsergebnisse von September 2024 beigezogen. Ergebnisse aus einem Zeitraum, in dem sich die Anlaufstellen im Aufbau befanden. Die Implementierung eines solchen Projekts braucht Zeit. Ein Evaluationsergebnis nach rund der Hälfte der Pilotphase ist daher nicht aussagekräftig genug.

Der Entscheid des Stadtrats das Pilotprojekt ohne Folgemaassnahmen zu beenden, löst bei verschiedenstem Akteur\*innen und bei zugewandten Organisationen Unverständnis aus, zumal die Evaluationsergebnisse positiv zu werten sind. Beide bisherigen Standorte konnten mit ihrer Arbeit belegen, dass die Drehscheiben einem Bedürfnis der Quartierbevölkerung entsprechen.

Die Empfehlungen des Evaluationsprozesses sollen berücksichtigt werden. Diese sind insbesondere die Klärung der Doppelspurigkeiten und Optimierung von Schnittstellen, der Ausbau der mobilen Arbeit sowie die Stärkung der Verankerung bzw. des Bewusstseins innerhalb der Stadtverwaltung. Schliesslich sind insbesondere eine geeignete Standortwahl und Sichtbarkeit entscheidend für den Erfolg. Die Standorte sollen deshalb in Quartierzentren (gemäss kommunalem Richtplan) angesiedelt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

#### **5063. 2025/396**

**Motion von Reto Brüesch (SVP), Walter Anken (SVP) und Jean-Marc Jung (SVP) vom 10.09.2025:**

**Entlastung des lokalen Gewerbes von administrativem Aufwand und finanziellen Belastungen**

Von Reto Brüesch (SVP), Walter Anken (SVP) und Jean-Marc Jung (SVP) ist am 10. September 2025 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen und Bericht zu erstatten, mit welchen Massnahmen die Stadt Zürich das lokale Gewerbe, insbesondere Kleinst- und Kleinunternehmen, spürbar von administrativem Aufwand und finanziellen Belastungen entlasten kann. Die Stadt Zürich soll generell den Fokus vermehrt auf Effizienz und Standortattraktivität für KMUs setzen, wie dies der Bund und der Kanton gemäss. EntIG schon vorleben. Folgende Bereiche sollen dabei prioritär untersucht werden und daraus soll ein Massnahmenpaket zur Förderung des Gewerbes zusammengestellt werden:

Geprüft und dargelegt werden sollen insbesondere folgende Punkte:

1. Digitalisierung und Effizienzsteigerung der Verwaltungsprozesse
  - Einführung einer zentralen digitalen Plattform für alle relevanten Verwaltungsgeschäfte des Gewerbes (z. B. Bewilligungen, Abrechnungen, An- und Abmeldungen, Genehmigungen);
  - Ausbau automatisierter Prozesse (z. B. automatische Genehmigungsverlängerung bei ausbleibender Beanstandung);
  - Bereitstellung digitaler Vorlagen und leicht verständlicher Anleitungen.
2. Vereinfachung und Reduktion von Vorschriften
  - Durchführung eines „Regulierungs-Checks“ für bestehende Gesetze und Verordnungen mit dem Ziel, unnötige Auflagen für Gewerbebetriebe zu identifizieren und abzubauen;
  - Vereinheitlichung von Abläufen und Formaten, insbesondere bei häufig genutzten Dienstleistungen (z. B. Märkte, Baustellen, Gesuch für lärmige Arbeiten, Gastrobewilligungen, Aussenflächen, Nutzungen des öffentlichen Grunds).
3. Reduktion zeitlicher Belastungen
  - Verlängerung von Fristen, Prüfintervalen oder Reduktion der Berichtspflichten für Kleinbetriebe;
  - Prüfung der Möglichkeit, bestehende Genehmigungen stillschweigend zu verlängern, sofern keine Einwände vorliegen.

4. Senkung von Abgaben und Gebühren

- Prüfung einer sozialverträglichen Staffelung oder Reduktion städtischer Abgaben und Gebühren für kleinere Gewerbebetriebe, insbesondere bei Bewilligungen, öffentlichen Flächen und Werbeauslagen;
- Identifikation von Gebühren, die in ausgewählten Fällen befristet ausgesetzt oder pauschalisiert werden könnten (z. B. für neue oder gemeinwohlorientierte Betriebe).

Begründung:

Unternehmen des Gewerbes sind in der Stadt Zürich wichtig für eine verlässliche Nahversorgung, Ausbildung und für viele Dienstleistungen. Dadurch tragen sie wesentlich zur Lebensqualität in der Stadt bei.

Das Gewerbe in Zürich steht aber unter hohem Druck, insbesondere durch immer neue Vorschriften und Regulierungen, steigende Mieten, Konkurrenz durch digitale Anbieter und Fachkräftemangel. Hinzu kommt ein hoher administrativer Aufwand, der besonders für Kleinstunternehmen zu einer echten Existenzfrage werden kann. Gleichzeitig spielt das Gewerbe eine zentrale Rolle für Ausbildung, Infrastruktur, Versorgungssicherheit und Handwerk in den Quartieren.

Durch gezielte Entbürokratisierung, digitale Unterstützung und eine faire Gebührenpolitik kann die Stadt Zürich das lokale Gewerbe strukturell stärken, seine Resilienz erhöhen und die wirtschaftliche Vielfalt sichern. Davon profitieren nicht nur die Betriebe selbst, sondern auch die Nachbarschaften und das städtische Leben insgesamt.

Mitteilung an den Stadtrat

**5064. 2025/397**

**Postulat von Patrick Tscherrig (SP), Murat Gediz (FDP), Felix Moser (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 10.09.2025:  
Schwamendinger Chilbi, Erlass der wiederkehrenden Gebühren und der Kosten für die Dienstleistungen der städtischen Dienstabteilungen**

Von Patrick Tscherrig (SP), Murat Gediz (FDP), Felix Moser (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 10. September 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Schwamendinger Chilbi in Zukunft wiederkehrend die Gebühren von städtischen Amtsstellen sowie die Kosten für Dienstleistungen der städtischen Dienstabteilungen erlassen werden können.

Begründung:

Seit 1972 ist die jährliche Schwamendinger Chilbi ein zentraler Bestandteil des kulturellen Lebens im Stadtteil und trägt entscheidend zur Förderung des Gemeinschaftsgeistes und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts im Quartier bei. Die Schwamendinger Chilbi ist nach dem Knabenschiessen die zweitgrösste Chilbi in der Stadt und zieht weit über die Stadtgrenzen hinaus Besucher\*innen an. Für die Bewohner\*innen von Schwamendingen und die ansässigen Vereine bietet die Chilbi eine wertvolle Gelegenheit sich zu treffen, gemeinsam zu feiern und kulturelle Vielfalt zu erleben.

Die Schwamendinger Chilbi lebt vom grossartigen Einsatz vieler Freiwilliger. In den letzten Jahren hatte die Chilbi öfters mit finanziellen Problemen zu kämpfen. Die zunehmenden Auflagen durch die Stadt und die steigenden Gebühren und Kosten für Dienstleistungen kosten Zeit und Geld. Die wachsenden organisatorischen und finanziellen Ansprüche gefährden den Fortbestand des beliebten Quartieranlass. In einer Zeit, in der freiwilliges Engagement abnimmt und das Quartierleben in Zürich bedroht ist, ist ein Kostenerlass für die Schwamendinger Chilbi ein starkes Zeichen der Wertschätzung.

Mitteilung an den Stadtrat

**5065. 2025/398**

**Postulat von Lara Can (SP), Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) und Sophie Blaser (AL) vom 10.09.2025:**

**Zielvorgabe der Geschlechtervertretung in Kaderpositionen der städtischen Verwaltung, Anhebung auf 50 Prozent in den nächsten 8 Jahren**

Von Lara Can (SP), Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) und Sophie Blaser (AL) ist am 10. September 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Quote der Zielvorgabe der Geschlechtervertretung in Kaderpositionen der städtischen Verwaltung in den nächsten 8 Jahren auf mindestens 50 Prozent Frauenanteil angehoben werden kann. Zudem soll eine Rechenschaftspflicht bei Nichterreichung eingeführt werden.

**Begründung:**

Vor zehn Jahren setzte der Stadtrat mit Weisung 2015/40 eine Zielvorgabe von 35 Prozent in Kaderpositionen der städtischen Verwaltung fest. Eine schriftliche Anfrage der Postulantinnen zeigte, dass per Mai 2025 einzig das Sozialdepartement, das Gesundheits- und Umweltschutzdepartement und das Hochbaudepartement diese Vorgabe erfüllen. Auf keiner einzigen Kaderstufe erreicht wird die Zielvorgabe im Departement der Industriellen Betriebe, dem Sicherheitsdepartement sowie dem Finanzdepartement. Die Frauenquote im obersten Kader des Schul- und Sportdepartements und der Behörden und Gesamtverwaltung beträgt 0 Prozent.

Diese Tatsachen zeigen einen klaren Handlungsbedarf bezüglich konsequenter Umsetzung sowie der Überprüfung der bisherigen Definition. Nicht nur werden mit der bisherigen Formulierung non-binäre Menschen nicht berücksichtigt, sondern ist eine 35-Prozent-Quote für beide Geschlechter zu tief angesichts eines Arbeitsmarktes, in dem Frauen noch immer systematisch benachteiligt werden. So beträgt der Frauenanteil in Geschäftsleitungen im Jahr 2025 nur 22 Prozent.

Deshalb fordern die Postulantinnen die Erhöhung der Quote auf eine Frauenquote von mindestens 50 Prozent in den nächsten acht Jahren. Es braucht eine deutliche Verbesserung der Geschlechtergleichheit und deren Erreichung kann nicht noch einmal zusätzliche zehn Jahre dauern. Für eine konsequente Umsetzung soll deshalb eine Rechenschaftspflicht bei Nichterreichung eingeführt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

**5066. 2025/399**

**Postulat von Matthias Renggli (SP), Dr. Florian Blättler (SP) und Sandro Gähler (SP) vom 10.09.2025:**

**Zusammenstellung einer Auswahl an Open-Source-Software und Verlinkung auf einer kuratierten städtischen Website**

Von Matthias Renggli (SP), Dr. Florian Blättler (SP) und Sandro Gähler (SP) ist am 10. September 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Stadt Zürich für die Bevölkerung – insbesondere für Jugendliche und Menschen mit geringem Einkommen sowie auch für das Gewerbe – eine Auswahl an Open-Source-Software zusammenstellen und als Alternative zu gebräuchlicher, kostenpflichtig lizenzierter, d. h. proprietärer Software auf einer kuratierten städtischen Website verlinken und bekannt machen kann. Nach Möglichkeit soll dafür auch eine Zusammenarbeit mit Hochschulen und/oder anderen Gemeinwesen angestrebt werden.

**Begründung:**

Open-Source-Software bildet in vielen Bereichen eine attraktive Option, vor allem aufgrund von Flexibilität, Anpassbarkeit, Transparenz und Datenschutz. Sie wird weltweit entwickelt und übertrifft in vielen Bereichen die kommerziellen Angebote. Gerade in Zeiten von Unsicherheiten im Bereich der internationalen Handelsbeziehungen stellt Open-Source-Software eine zuverlässige Alternative zu proprietärer Software dar. Zu denken ist etwa an LibreOffice (alternativ zu Microsoft Office), GIMP (alternativ zu Photoshop), Inkscape (alternativ zu Adobe Illustrator), Scribus (alternativ zu Adobe InDesign), GNU Octave (alternativ zu MATLAB), Blender (Videorendering) oder VLC (Videoplayer).

Verbreitet wird Open-Source-Software zumeist über techniklastige Plattformen. Für Menschen mit geringer Affinität zu Digitalisierungsthemen kann das Finden geeigneter Software eine Herausforderung darstellen. Zudem werden teilweise Shareware-Programme von seriösen und dubiosen Anbietern neben Open-Source-Software angeboten.

Ein erster Schritt, um Open-Source-Software kennenzulernen ist eine Übersicht über bewährte Open-Source-Alternativen zu den gebräuchlichsten Programmen. Daher ist ein niederschwelliger Zugang für die Bevölkerung – insbesondere für Jugendliche und Menschen mit geringem Einkommen zu schaffen. Das Gewerbe profitiert zudem gleich doppelt: Einerseits entfallen Lizenzgebühren bei der Verwendung der Software, andererseits ergeben sich Aufträge zur Anpassung und Weiterentwicklung von Open-Source-Software.

Vor diesem Hintergrund stehen einerseits die Reichweite der städtischen Webseite und andererseits die Qualitätssicherung durch die Stadt im Zentrum. Eine Zusammenarbeit mit Hochschulen und/oder anderen Gemeinwesen vermag Ressourcen zu schonen und die Reichweite zu erhöhen.

Mitteilung an den Stadtrat

**5067. 2025/400**

**Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Flurin Capaul (FDP) und Roger Suter (FDP) vom 10.09.2025:  
Städtische Bauprojekte, transparente Budgetierung und Steuerung nach vordefinierten Prioritäten**

Von Yasmine Bourgeois (FDP), Flurin Capaul (FDP) und Roger Suter (FDP) ist am 10. September 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und zu berichten, wie städtische Bauprojekte in Zukunft transparent budgetiert sowie nach vordefinierten Prioritäten gesteuert werden können.

Konkret soll der Stadtrat darlegen, wie folgende Punkte umgesetzt werden können:

- Variantenpflicht: Beim Projektierungskredit sind mindestens zwei Varianten vollständig und detailliert kalkuliert vorzulegen (minimal / maximal).
- Die inhaltlichen Unterschiede zwischen den jeweiligen Varianten sollen klar definiert, sauber kalkuliert und nach Wichtigkeit priorisiert (Priorität 1, 2 und 3) werden.
- Die Risikobudgets (für Teuerung, Geologie, Änderung der regulatorischen Rahmenbedingungen) sind bereits zum Zeitpunkt der Vorlage der Varianten und ihren Kosten separat auszuweisen und von den Baukosten zu trennen.
- Die Kosten der Variante «maximal» (inkl. Risikobudget) stellen das Kostendach des Gesamtprojekts dar.
- Sollte das Kostendach aus unvorhersehbaren Ereignissen, die auch nicht im Rahmen des Risikobudgets berücksichtigt wurden, überschritten werden, ist dem Gemeinderat ein neuer Kredit zu beantragen. Der Gemeinderat entscheidet diesfalls auf Grundlage der ursprünglichen Priorisierung (Priorität 1, 2 und 3), für welche Anforderungen zusätzliches Budget gesprochen wird.

Begründung:

Die Stadt Zürich fällt durch häufiges Überschreiten der Baukosten sowie ein Anstreben von Maximallösungen auf («Züri-Finish»). Die heutigen Prozesse sehen keine ausreichende Priorisierung der Anforderung vor. Dies untergräbt Vertrauen und verschiebt Risiken vollständig auf Steuerzahlende.

Mit den vorgeschlagenen Massnahmen wird sichergestellt, dass Bauprojekte ehrlich und transparent budgetiert werden. Dieser Vorstoss fördert zudem die Steuerbarkeit der Bauprozesse sowie die konsequente Priorisierung von Anforderungen.

Mitteilung an den Stadtrat

**5068. 2025/401**

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Derek Richter (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) vom 10.09.2025:  
Computer, Tablets und Laptops, Verzicht auf eine Ausmusterung der noch  
einsatzfähigen Geräte**

Von Samuel Balsiger (SVP), Derek Richter (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) ist am 10. September 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die heutige Praxis, dass Computer, Tablets und Laptops, die in der Verwaltung und den Dienstabteilungen grundsätzlich noch zu 80 bis 95 Prozent weiter einsatzfähig sind, nicht ausgemustert werden.

Von der neuen Regelung sollen die Geräte von spezialisierten Arbeitskräften ausgeschlossen sein, die zur Erfüllung ihrer Leistungen zwingend neue Geräte benötigen.

Begründung:

In der Schriftlichen Anfrage (2021/515) schreibt der Stadtrat:

«In den nächsten fünf Jahren werden insgesamt rund 12 200 Geräte ausgetauscht. Von den jährlich ausgemusterten Geräten sind rund 80 bis 95 Prozent grundsätzlich weiter lauffähig. Nach fünf Jahren verfügen die Geräte aber über keine Herstellergarantie und keinen Support mehr. Auch können neue Softwareupdates nur noch eingeschränkt installiert werden.»

In der Privatwirtschaft und vor allem auch im Privatsektor können sich viele Bürger einen solch verschwenderischen Umgang mit IT-Geräten nicht leisten. Selbst in privatwirtschaftlichen Grafiker-Berufen, die hohe Prozessoren-Leistungen benötigen, ist es keine Seltenheiten, dass alte Geräte weiterhin in Betrieb sind, weil sich Unternehmen den ständigen Austausch der Geräte schlicht nicht leisten können.

Dass die Stadtverwaltung Geräte austauscht und mit Steuergeldern neu einkauft, die noch bis zu 95 Prozent einsatzfähig sind, ist höchst stossend und den Steuerzahlern, die alles bezahlen müssen, nicht vermittelbar.

Mitteilung an den Stadtrat

**5069. 2025/402**

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Stephan Iten (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 10.09.2025:  
Wahlen 2026, demokratische Durchführung ohne Angriffe auf die Parteien**

Von Samuel Balsiger (SVP), Stephan Iten (SVP) und Derek Richter (SVP) ist am 10. September 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie angesichts der aufkommenden Wahlen 2026 sichergestellt werden kann, dass diese demokratisch und ohne Angriffe auf die Parteien durchgeführt werden können.

Begründung:

In letzter Zeit häufen sich die gewalttätigen Angriffe auf Stände von politischen Parteien. Dies stellt eine demokratische Durchführung der Wahlen 2026 in Frage. Müssen Politiker und Parteien dauernd fürchten, dass gewalttätige Anschläge erfolgen, ist die freie Meinungsbildung und die Ausübung der politischen Rechte nicht mehr sichergestellt.

Mitteilung an den Stadtrat

**5070. 2025/403**

**Postulat von Reto Brüesch (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 10.09.2025:  
Strategische Reorganisation und nachhaltige Finanzierungsstrategie für das  
Schreiner Ausbildungszentrum Zürich (SAZ)**

Von Reto Brüesch (SVP) und Johann Widmer (SVP) ist am 10. September 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit dem Schreiner Ausbildungszentrum Zürich (SAZ), dem Zürcher Schreinermeisterverband, den Partnerbetrieben sowie relevanten städtischen und kantonalen Stellen eine strategische Reorganisation und nachhaltige Finanzierungsstrategie für das SAZ erreicht werden kann.

Im Zentrum sollen folgende Punkte stehen:

1. Wie das SAZ organisatorisch und finanziell so weiterentwickelt werden kann, dass es sich mittelfristig selbsttragend und professionell aufstellt;
2. Ob und wie die Branche (Schreinereien, Partnerbetriebe, Berufsverbände) künftig stärker und verbindlich an der Finanzierung und Mitverantwortung beteiligt werden kann, beispielsweise über:
  - abgestufte Partnerbeiträge;
  - eine Beteiligung des Schreinermeisterverbands Zürich;
  - einen unterstützten Ausbildungsfonds auf Branchenebene;
3. Welche Rolle die Stadt Zürich künftig im Rahmen der Berufsbildungspolitik für überbetriebliche Ausbildungszentren wie das SAZ spielen will und soll;
4. Ob ein befristeter, zweckgebundener Unterstützungsbeitrag in der Höhe von maximal CHF 100'000 gewährt werden kann, unter der Bedingung, dass:
  - ein externer Reorganisations- und Finanzierungsplan vorliegt;
  - eine betriebswirtschaftliche Begleitung erfolgt;
  - klare Erfolgskriterien und eine Exit-Strategie definiert sind.

Begründung:

Das Schreiner Ausbildungszentrum Zürich (SAZ) ist als Nachfolgeorganisation der ehemaligen kantonalen Lehrwerkstätte für Möbelschreiner seit 2018 in einer städtischen Liegenschaft tätig. Es bietet jährlich rund 40 Jugendlichen eine qualifizierte Schreiner-Ausbildung – in einem zukunftsgerichteten Modell, das mit einer zweijährigen Grundausbildung im SAZ und anschliessender Spezialisierung in Partnerbetrieben arbeitet.

Nach einer pandemiebedingten Krise erhielt das SAZ 2023 vom Kanton Zürich (CHF 392'000) und von der Stadt Zürich (CHF 100'000) einmalige Unterstützungsbeiträge. Ziel war es, die Liquidität sicherzustellen und den Betrieb bis 2026/27 auf eigene Beine zu stellen.

Zwei Jahre später steht das SAZ erneut in einer existenziellen Finanzkrise. Trotz hohem Ausbildungswert und fachlicher Qualität fehlt eine tragfähige strukturelle Basis. Es ist offensichtlich: Ein weiteres reines Überbrückungsgeld ohne Reform wäre nicht nachhaltig.

Gleichzeitig kann sich die Stadt Zürich im Kontext des Fachkräftemangels und ihrer Verantwortung für berufliche Grundbildung nicht dauerhaft aus der Verantwortung ziehen – insbesondere, wenn Ausbildungsangebote in eigenen Liegenschaften gefährdet sind.

Deshalb braucht es:

- eine klare politische Neupositionierung des SAZ,
- eine professionelle Reorganisation mit externer Begleitung,
- eine breitere Finanzierungsbasis, die auch die Branche stärker einbindet,
- und eine klare Definition der Rolle der Stadt Zürich bei überbetrieblichen Ausbildungszentren im Handwerk.

Ein entsprechender Beitrag von maximal CHF 100'000 soll nicht isoliert, sondern als Teil einer strukturellen Neuausrichtung gesprochen werden – mit verbindlichen Auflagen, Erfolgskontrolle und klarer Perspektive.

Mitteilung an den Stadtrat

**5071. 2025/404**

**Postulat von Moritz Bögli (AL), Christian Häberli (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 10.09.2025:**

**Schreiner Ausbildungszentrum Zürich (SAZ), längerfristige Sicherstellung des Betriebs und der Lehrstellen**

Von Moritz Bögli (AL), Christian Häberli (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) ist am 10. September 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Betrieb und die Lehrstellen des Schreiner-Ausbildungszentrum Zürich (SAZ) längerfristig sichergestellt werden können.

Begründung:

Das sich in einer städtischen Liegenschaft befindliche SAZ hat als private Genossenschaft ab 2018 schrittweise den Betrieb der ehemaligen Lehrwerkstätte für Möbelschreiner (LWZ) vom Kanton übernommen. Ganz ursprünglich war diese Lehrwerkstätte ein Betrieb der Stadt Zürich. Mit insgesamt 40 Lernenden trägt das SAZ bedeutend zum Kampf gegen den Fachkräftemangel und zur Zukunft des Schreinereigewerbes in der Stadt Zürich bei. Für die Sicherung der Liquidität der Genossenschaft sprach der Stadtrat im Rahmen der Umsetzung des Postulats 2022/623 bereits 100'000 Franken. Gemäss Medienberichten befindet sich das SAZ aber weiterhin in einer prekären finanziellen Lage und es droht die Schliessung des 130-jährigen Betriebs. Die Stadt soll deshalb den Betrieb und die Ausbildungsplätze langfristig sichern. Neben einer direkten Finanzspritze sollte auch eine Wiedereingliederung geprüft werden.

Mitteilung an den Stadtrat

**5072. 2025/405**

**Interpellation von Johann Widmer (SVP), Samuel Balsiger (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 10.09.2025:**

**Duldung langjähriger Hausbesetzungen, Anzahl besetzter Objekte, Durchführung von Kontrollen, Anzahl Anzeigen, Räumung der besetzten Liegenschaften im Sinne der Prävention gegen illegale Aktivitäten und Anerkennung dieser Besetzungen als Brutstätte linker Gewalt**

Von Johann Widmer (SVP), Samuel Balsiger (SVP) und Derek Richter (SVP) ist am 10. September 2025 folgende Interpellation eingereicht worden:

In der Stadt Zürich eskaliert die linksradikale Gewalt. Es ist keine Frage des ob, sondern des wann, bis sich die Gewaltwelle auch gegen Personen richtet. Die zuständige Stadträtin schaut aus nächster Nähe zu und drückt bestenfalls ihr Bedauern aus. Konsequenzen haben diese linksextremen Straftaten erfahrungsgemäss keine. Andererseits duldet die linke Stadtregierung langjährige Hausbesetzungen, die man durchaus als Brutstätte der linken Gewalt und der dahintersteckenden Ideologie bezeichnen kann.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele besetzte Objekte befinden sich in der Stadt Zürich?
2. Wurden in besetzten Objekten Kontrollen durchgeführt, um sicherzustellen, dass sich dort nur Personen mit einem registrierten Wohnsitz aufhalten? Wenn nein, warum führt der Stadtrat keine regelmässigen, unangekündigten Durchsuchungen in den besetzten Gebäuden durch, um sicherzustellen, dass sich dort nur legal gemeldete Personen aufhalten und kein Diebesgut und/oder illegalen Substanzen vorhanden sind? Wenn ja, bitten wir um eine Aufstellung über durchgeführte Kontrollen der letzten 5 Jahre.
3. Wie viele Personen, die sich illegal in diesen Gebäuden aufhalten, wurden bisher angezeigt?
4. Wird geprüft, ob Personen in den besetzten Gebäuden an Straftaten und/oder ungenehmigten Demonstrationen beteiligt sind?
5. Ist dem Stadtrat bekannt, ob in den besetzten Gebäuden illegale Aktivitäten stattfinden? Falls ja, welche?
6. Warum räumt der Stadtrat die illegal besetzten Gebäude nicht, um im Sinne der Prävention mögliche Planungen illegaler Aktivitäten zu verhindern?

7. Weshalb erklärt der Stadtrat das Merkblatt für Hausbesetzungen nicht für ungültig und räumt in Anbetracht der eskalierenden Gewalt solche Objekte nicht umgehend um zu verhindern, dass diese Brutstätten linker Gewalt sich nicht ausbreiten können?
8. Falls der Stadtrat nicht gewillt ist, die besetzten Häuser als Brutstätte linker Gewalt anzuerkennen, bitten wir um eine Stellungnahme, weshalb er vor dieser Tatsache die Augen verschliesst. Tummeln sich doch Gruppierungen wie «AIRG - Anti-Imperial Resistance Grid» oder es finden antikapitalistische Events «um gegen kapitalistisch angehauchte und kapitalistisch organisierte Orte anzukämpfen» statt. Auf der Hardturmbrache tummelt sich «LAGOTA ist eine politische Gruppierung, die sich als Teil der ausserparlamentarischen Linken versteht. Sie bietet eine Plattform, auf der sich interessierte Personen mit politischen Themen auseinandersetzen können.» Auch wenn auf den Websites ein moderater Ton angeschlagen wird, so ist es bei einem Augenschein sehr offensichtlich, welch Geistes Kinder dort ihr Unwesen treiben.

#### Mitteilung an den Stadtrat

Der Beschlussantrag, die zwei Motionen, die acht Postulate und die Interpellation werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

#### 5073. 2025/406

**Schriftliche Anfrage von Thomas Hofstetter (FDP), Sabine Koch (FDP) und Yasmine Bourgeois (FDP) vom 10.09.2025:**

**Zuteilung der Schulkinder an das Schulhaus Thurgauerstrasse in Seebach, Gründe für eine Abweichung der Praxis gegenüber dem öffentlichen Gestaltungsplan, rechtliche Grundlage zu den Zuteilungen und Vereinbarkeit mit dem Gestaltungsplan, Einbezug der Anwohnenden in den Entscheidungsprozess und eingegangene Rekurse sowie Beurteilung der Schulwegsicherheit**

Von Thomas Hofstetter (FDP), Sabine Koch (FDP) und Yasmine Bourgeois (FDP) ist am 10. September 2025 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im August 2024 eröffnete das Schulhaus an der Thurgauerstrasse in Zürich-Seebach. Das Schulhaus Thurgauerstrasse – neu "Nordstern" - gehört in den Schulkreis Glattal und bietet Platz für insgesamt 18 Primar- sowie 2 Kindergartenklassen. Gemäss dem öffentliche Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse Teilgebiet B Schule/Quartierpark», welcher als Beilage zur Weisung 2018/88 beigefügt ist, sollen Kindergartenkinder ausschliesslich aus dem Areal Thurgauerstrasse kommen (siehe S. 10, Bericht nach Art. 47 RPV).

Es war vorgesehen, dass alle aus der Mitte Leutschenbach und vom Andreaspark kommenden Kinder in einen der 4 Kindergartenklassen in der neuen städtischen Wohnsiedlung "SOUQ" zugeteilt werden. Ab dem Schuljahr 2025/26 wurden jedoch Kinder aus dem Andreaspark und der städtischen Wohnsiedlung auch an den Kindergarten im Schulhaus "Nordstern" zugeteilt. Auch andersherum wurden Kinder aus dem Grubenacker dem Kindergarten in der Mitte Leutschenbachs zugeteilt. Als Begründung wurde die soziale Durchmischung seitens Schulleitung angegeben. Wie bereits erwähnt und aus dem öffentlichen Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse Teilgebiet B Schule/Quartierpark» zitiert, war dies explizit nicht vorgesehen.

Für die Kindergartenkinder, ins besonders aus dem Andreaspark kommend, bedeutet der Schulweg zum Schulhaus "Nordstern" die Überquerung von drei Strassen (Hagenholz-, Leutschenbach- sowie Thurgauerstrasse), was für Kindergartenkinder selbständig nicht machbar und zu gefährlich ist. Sie müssen fortwährend begleitet werden, obwohl an der Hagenholzstrasse zum Kindergarten in der städtischen Wohnsiedlung extra eine Ampelanlage für sie errichtet wurde.

Die FDP sowie die Mitte-Fraktion haben bereits im Jahr 2024 ein Postulat (2024/338) eingereicht, welches den Stadtrat aufforderte, die Schulkreise Glattal und Schwamendingen so zu ziehen, dass die Schulkinder des Andreasparcs zum Schulkreis Schwamendingen zugeordnet werden können.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Weshalb müssen mit dem beginnenden Schuljahr 2025/26 Kindergartenkinder aus dem Andreaspark sowie aus der städtischen Wohnsiedlung «SOUQ» in den Kindergarten im Schulhaus «Nordstern», obwohl dies gemäss dem Gestaltungsplan explizit nicht vorgesehen war?
2. Weshalb wurden Kinder aus dem Andreaspark und der Mitte Leutschenbach entgegen dem Versprechen nicht in den neuen Kindergarten in der städtischen Siedlung «SOUQ» zugeteilt?

3. Weshalb wurden die Kindergartenkinder des Andreasparcs nicht ausnahmsweise in das Schulhaus Leutschenbach eingeteilt, obwohl es dort genügend Schulraum gibt?
4. Auf welchen rechtlichen Grundlagen fussen die Entscheide, Kinderkartenkindern aus dem Andreasparc sowie aus der städtischen Siedlung «SOUQ» in den Kindergarten im Schulhaus «Nordstern» einzuteilen?
5. Sind diese Entscheid mit dem Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse Teilgebiet B Schule/Quartierpark» rechtlich vereinbar?
6. Wurde die Quartierbevölkerung, allen voran die Anwohnerinnen und Anwohner des Andreasparcs sowie der städtischen Wohnsiedlung «SOUQ», in den Entscheidungsprozess miteinbezogen?
7. Wie viele Kinderkartenkinder müssen seit dem Schuleintritt im August 2025 vom Andreasparc und der städtischen Wohnsiedlung «SOUQ» in den Kindergarten im Schulhaus «Nordstern» gehen?
8. Wurde von den Eltern der betroffenen Kindergartenkindern Rekurs gegen den Einteilungsentscheid geführt?
  - a. Wenn ja, wie viele Rekurse sind bereits eingegangen?
  - b. Sind Rekurse bereits rechtskräftig abgeschlossen?
9. Wie beurteilt der Stadtrat den Schulweg der Kindergartenkinder vom Andreasparc und der städtischen Wohnsiedlung «SOUQ» zum Kindergarten im Schulhaus «Nordstern» bezgl. Selbstständigkeit und Gefährlichkeit?
10. Wie beurteilt der Stadtrat den Schulweg der Kindergartenkinder vom Andreasparc und der städtischen Wohnsiedlung «SOUQ» zum Kindergarten im Schulhaus «Nordstern» bezgl. Selbstständigkeit und Gefährlichkeit, wenn über die Thurgauerstrasse eine Passerelle bestehen würde?

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

**5074. 2017/136**

**Weisung vom 17.05.2017:**

**Motion der SP-, SVP-, FDP-, Grüne-, GLP-, AL- und CVP-Fraktionen betreffend Definition von Vorgaben im Rahmen einer strategischen Planung für die Anforderungen und Verkehrsströme im Raum Central / Bahnhofbrücke / Bahnhofquai / Museumstrasse, Bericht und Abschreibung**

Der Stadtrat zieht die Weisung zurück.

**5075. 2025/189**

**Schriftliche Anfrage von Martina Zürcher (FDP) und Patrik Brunner (FDP) vom 14.05.2025:**

**Auswertung und Veröffentlichung des Stimmverhaltens der Bevölkerung, Beurteilung der Datenauswertung von Nicht-Wählenden, Massnahmen zur Steigerung des Stimmverhaltens im Rahmen eines Pilotversuchs im Kreis 12, Regelung des Datenzugriffs und vorgesehene Auswertungen bei den Gesamterneuerungswahlen 2026 sowie Angaben zur Verknüpfung der Steuerdaten mit weiteren Personendaten**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2644 vom 27. August 2025).

**5076. 2025/190**

**Schriftliche Anfrage von Flurin Capaul (FDP), Yasmine Bourgeois (FDP) und Sabine Koch (FDP) vom 14.05.2025:**

**Stellungnahme der Co-Kulturdirektorin zu den abgelehnten Theaterförderungsgesuchen und den gestrichenen Subventionen, Kriterien zur Ablehnung eines Fördergesuchs neben der Rollenbesetzung oder «Diversity» und deren Gewichtung beim Stück «Mario und der Zauberer» sowie bei den Gesuchen der Theater Keller 62 und Stok**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2643 vom 27. August 2025).

**5077. 2025/192**

**Schriftliche Anfrage von Michele Romagnolo (SVP) und Reto Brüesch (SVP) vom 14.05.2025:**

**Tankstelle mit dem Lebensmittel-Shop an der Schaffhauserstrasse in Seebach, Beurteilung der Situation vor Ort, Auswirkungen des eingeführten Linksabbiegeverbots, Überprüfung der baulichen Vorgaben, gesundheitstechnische Vorgaben und Unterbindung der Parkierungen auf der Tankstellenzufahrt sowie mögliche Entwicklungsstrategie für die Laden- und Gewerbebetriebe**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2649 vom 27. August 2025).

**5078. 2025/237**

**Schriftliche Anfrage von Sandro Gähler (SP) vom 11.06.2025:**

**Mangelnde Kenntnisse der Autolenkenden betreffend die velospezifischen Verkehrsregeln, mögliche Massnahmen der Stadt, Interventionen beim Kanton und den kantonalen Strassenverkehrsämtern sowie Handlungsempfehlungen an die Velofahrenden**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2650 vom 27. August 2025).

**5079. 2025/408**

**Petition vom 10.09.2025:**

**Gegen das Werbeverbot – Für die wirtschaftliche Freiheit, kulturelle Vielfalt und eine lebendige Stadt Zürich**

Vom Eingang der Petition «Gegen das Werbeverbot – Für die wirtschaftliche Freiheit, kulturelle Vielfalt und eine lebendige Stadt Zürich» vom 10. September 2025 wird Kenntnis genommen.

Die Stellungnahme gemäss Art. 22 lit. a. GeschO GR erfolgt durch die Geschäftsleitung des Gemeinderats.

Nächste Sitzung: 17. September 2025, 17.00 Uhr